

Herausgeberin:
Landeshauptstadt Stuttgart

Themen

1/2011

Einwohnerbegriffe und Datengrundlagen in der kommunalen Bevölkerungsstatistik – Wie viele Einwohner leben in Stuttgart?

Sektorale Komponenten des Wirtschaftswachstums in Stuttgart und in anderen größeren Städten 1996 bis 2008

Briefwahantrag online immer beliebter

Stuttgarter Mietspiegel 2011/12 erstmals mit energetischer Sanierungskomponente und neuer Lagebeurteilung

Vor der Landtagswahl 2011: Rückblick auf die Landtagswahlen in Stuttgart seit 1952



Aktuelle Grafik:	
Briefwahantrag online immer beliebter	3
<hr/>	
Kurzinformationen:	
Kleinräumige demografische Informationen im Web-Angebot	4
Wahlergebnisse für die raumbezogene Analyse im Web-Angebot	5
<hr/>	
Kurzberichte	
Stuttgarter Mietspiegel 2011/12 erstmals mit energetischer Sanierungskomponente und neuer Lagebeurteilung	6
Vor der Landtagswahl 2011: Rückblick auf die Landtagswahlen in Stuttgart seit 1952	10
<hr/>	
Hauptbeiträge:	
Einwohnerbegriffe und Datengrundlagen in der kommunalen Bevölkerungsstatistik – Wie viele Einwohner leben in Stuttgart?	18
Sektorale Komponenten des Wirtschaftswachstums in Stuttgart und in anderen größeren Städten 1996 bis 2008	26
<hr/>	
Veröffentlichungen zu den Themen	Rückseite
<hr/>	

Impressum:

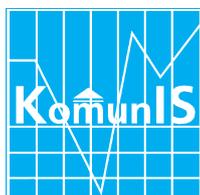
Statistik und Informationsmanagement, Monatsheft 1/2011

Herausgeberin:

Landeshauptstadt Stuttgart
Statistisches Amt, Eberhardstraße 39, 70173 Stuttgart
Telefon 07 11 2 16-98587, Telefax 07 11 2 16-98570
E-Mail: poststelle.12@stuttgart.de

Internet: www.stuttgart.de/statistik
Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt: Thomas Schwarz

Preis pro Monatsheft: 4 €



Briefwahlantrag online immer beliebter

Michael Haußmann

Um den wichtigen Wahlrechtsgrundsatz der Allgemeinheit der Wahl sicherzustellen, wurde in Deutschland zur Bundestagswahl 1957 die Möglichkeit der Briefwahl eingeführt. Insbesondere alten, kranken und behinderten Menschen wollte man es damit einfacher machen, an der Wahl teilzunehmen. Was damals noch als Ausnahme gedacht war, ist in der heutigen hochmobilen Gesellschaft eine bequeme Art, den Wahltag für

andere Aktivitäten flexibel freizuhalten. Heute geben in Stuttgart mehr als 20 Prozent der Wähler/-innen ihre Stimme schon vor dem Wahltag per Brief ab (vgl. Abbildung 1).

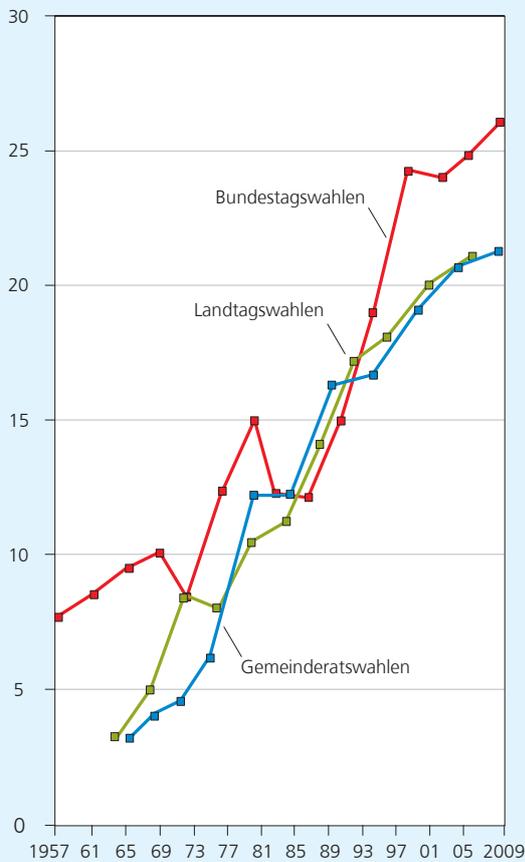
Um dem steigenden Briefwahlaufkommen gerecht zu werden, eröffnet das Statistische Amt in Kooperation mit der Kommunalen Datenverarbeitung Region Stuttgart (KDRS) schon seit dem Jahr 2001 die Möglichkeit,

die Briefwahlunterlagen online unter www.stuttgart.de/briefwahl zu beantragen. In der Folge wurden bis heute knapp 73 000 Anträge gestellt. Die Popularität dieser e-government-Anwendung wächst rasch: Bei der Bundestagswahl 2009 wurde in Stuttgart fast jeder vierte Briefwahlantrag über das Internet gestellt (vgl. Abbildung 2).

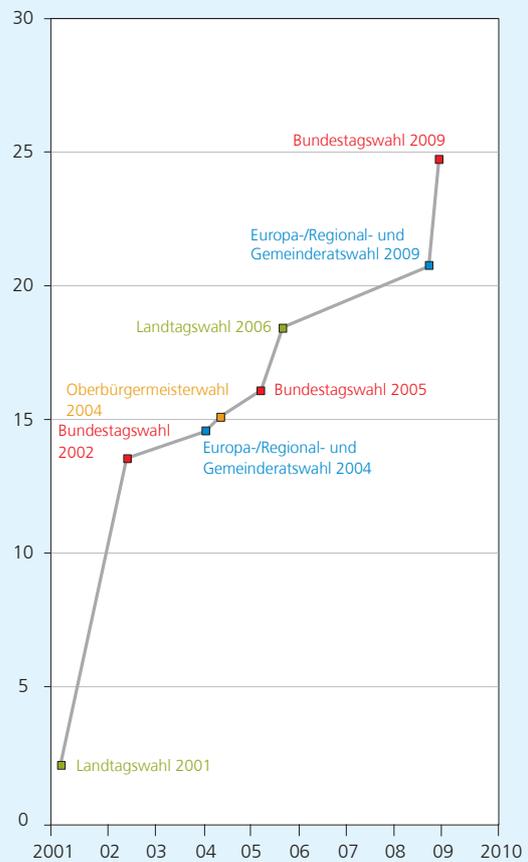
Abbildung 1: Briefwähleranteile bei den Bundes-, Landtags- und Gemeinderatswahlen in Stuttgart seit 1957

Abbildung 2: Anteil der Online-Anträge an allen Briefwahlanträgen bei Wahlen in Stuttgart seit 2001

Anteil Briefwähler an allen Wählern in %



Anteil Online-Anträge an allen Briefwahlanträgen in %



Kleinräumige demografische Informationen im Web-Angebot

Michael Haußmann

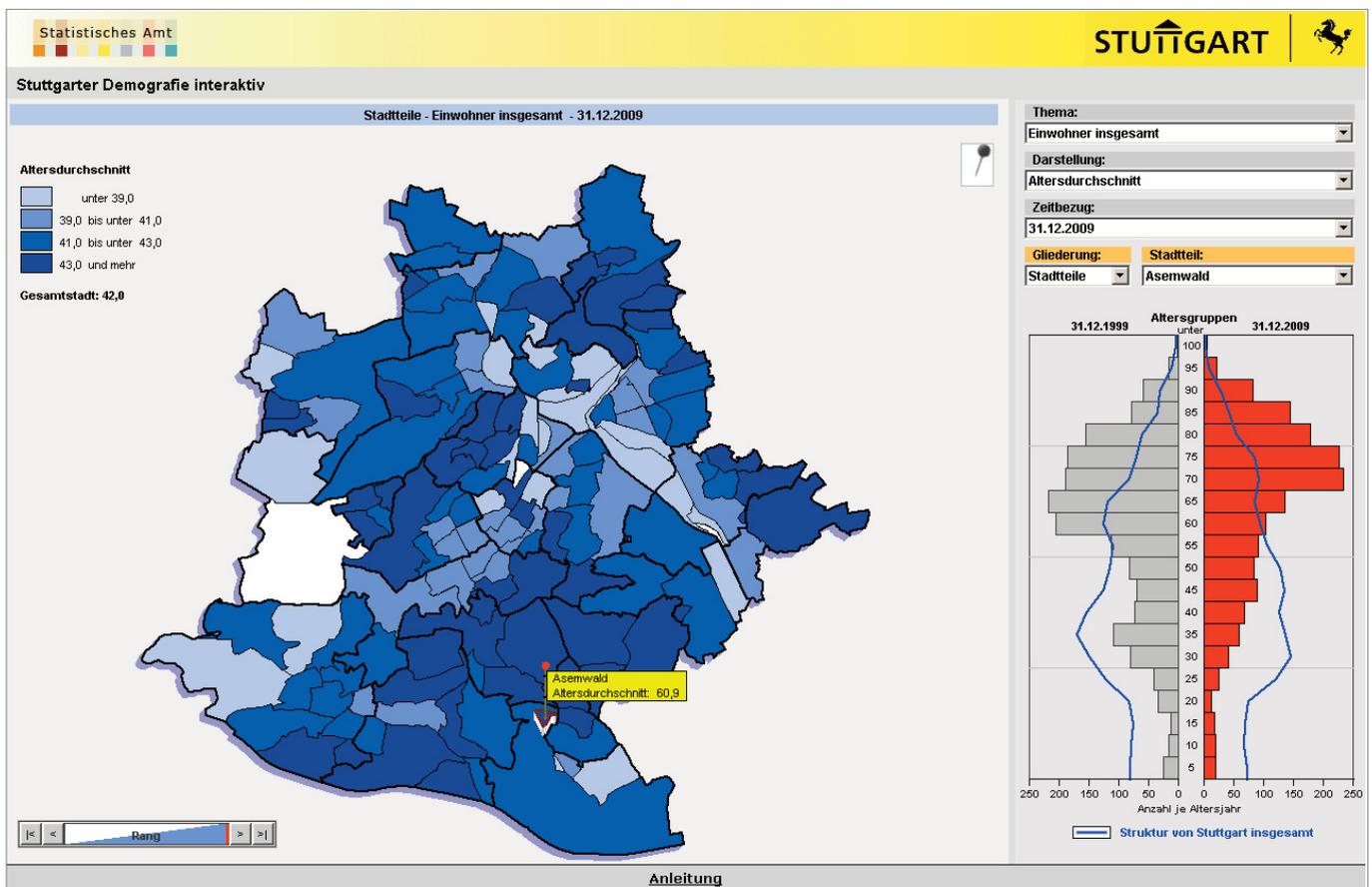
Das Wissen, dass der demografische Wandel ein wichtiger und nur schwer umkehrbarer Megatrend ist, hat sich inzwischen weit verbreitet. Doch wie sieht es in meiner unmittelbaren Nachbarschaft aus?

Hier liefert die Webapplikation „Stuttgarter Demografie interaktiv“ wert-

volle Informationen. Enthalten ist eine Fülle an Daten zu Anzahl, Anteil und Altersdurchschnitt der Stuttgarter Einwohner/-innen mit und ohne deutschen Pass, mit und ohne Migrationshintergrund. Es können Daten auf Ebene der Gesamtstadt, der 23 Stadtbezirke sowie der 152 Stadtteile abgerufen werden. Die Altersstruktur

des jeweiligen Gebiets kann im „Einwohnerbaum“ jeweils mit der Struktur der Gesamtstadt verglichen werden. Zu finden ist diese Anwendung im Bereich „Statistik in Karten“ unter www.stuttgart.de/statistik.

4



Wahlergebnisse für die raumbezogene Analyse im Web-Angebot

Uwe Dreizler

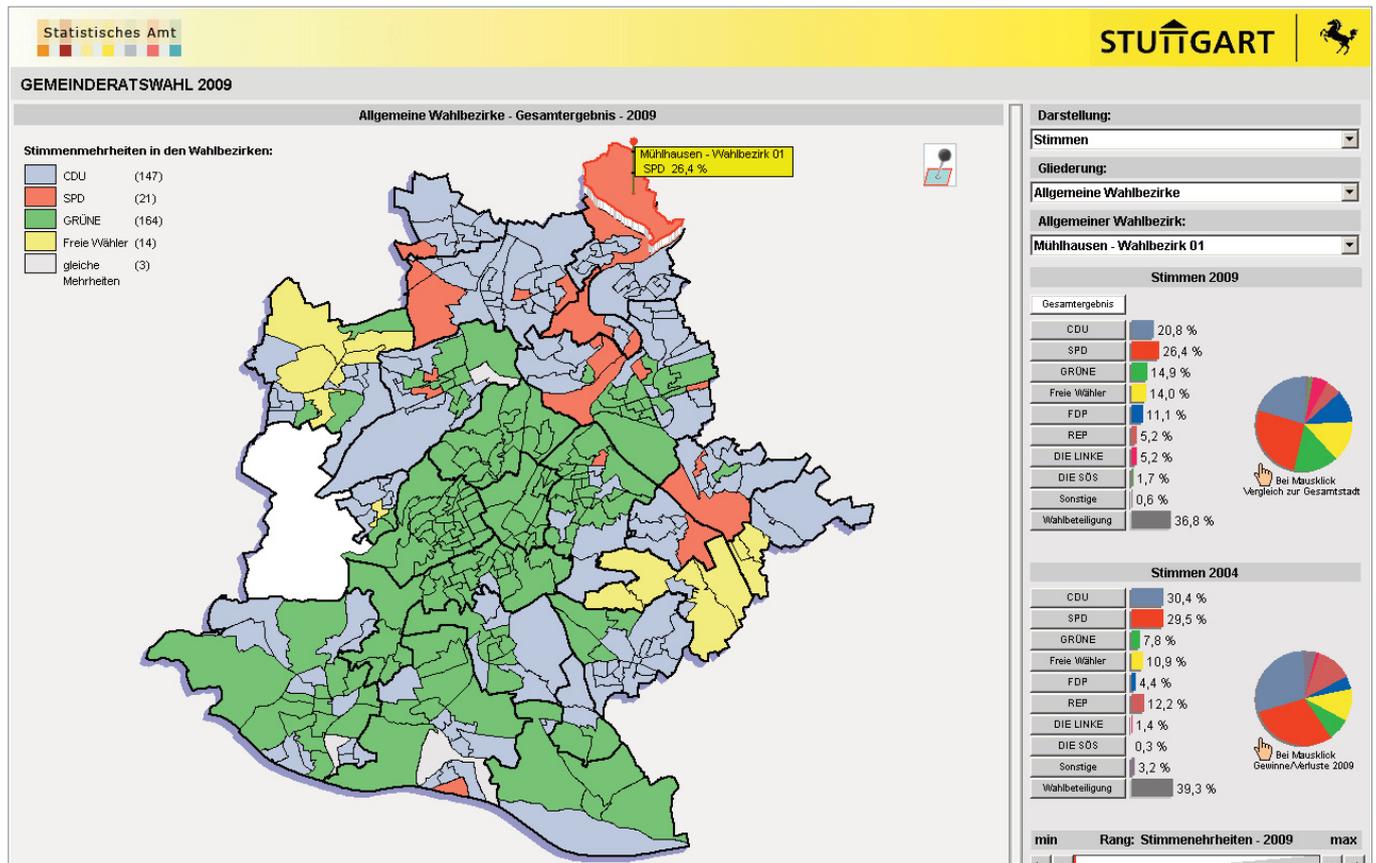
Für die raumbezogene Darstellung und Analyse von Wahlergebnissen stehen spezifische Webanwendungen des Statistischen Amtes bereit.

In welchem Wahl- oder Stadtbezirk haben die Parteien welches Ergebnis erzielt? Wie sieht dieses Ergebnis im Vergleich mit der vorangegangenen Wahl aus? In welchen Gebieten war die Wahlbeteiligung über- oder unterdurchschnittlich?

Für die Europa-, Bundestags-, Regional- und Gemeinderatswahlen unterstützen diese Anwendungen die Parteien und interessierten Bürger bei der Beantwortung der Fragen. Die Anwendungen finden Sie unter <http://stuttgart.de/statistik/> im Themenbereich „Statistik in Karten“.

Am Wahlabend des 27. März 2011 werden ab 18.00 Uhr die Stuttgarter Landtagswahlergebnisse direkt nach

der Auszählung nach Stadtbezirken und Wahlkreisen gegliedert, tabellarisch präsentiert. Parallel kann die Ergebnisermittlung auch über diese Anwendung mitverfolgt werden.



Stuttgarter Mietspiegel 2011/12 erstmals mit energetischer Sanierungskomponente und neuer Lagebeurteilung

Ulrich Stein

Das Mietspiegelniveau ist seit der letzten Mietspiegelerstellung vor zwei Jahren in Stuttgart um durchschnittlich 3,8 Prozent gestiegen. Zum Vergleich: Veränderung des Nettomietpreisindex in Baden-Württemberg: + 2,7 % und des Verbraucherpreisindex: + 1,8 %.

Die Wohnungen mit Baujahren vor 1975 verzeichneten mit 4,3 Prozent einen Preisanstieg über dem Durchschnitt (vgl. Tabelle 1). Mit 86 Prozent aller mietspiegelrelevanten Wohnungen umfasst dieses Wohnungsmarktsegment den weit überwiegenden Teil des Gesamtbestandes an Wohnungen

in Stuttgart. Sehr moderat fiel der Mietniveauanstieg bei Wohnungen jüngeren Baujahrs aus: Bei den zwischen 1995 und 2004 gebauten Wohnungen betrug dieser 0,3 Prozent. Die Unterschiede in den Preissteigerungsraten zwischen älteren und jüngeren Wohnungen sind über-

Tabelle 1a: Mietspiegelniveau¹ im April 2008 und April 2010 nach den Baujahreskategorien im Mietspiegel

Baujahr	Kaltmiete 2008	Kaltmiete 2010	Mietanstieg	Wohnungsanteil
	€/m ²		%	
Vor 1975	6,91	7,21	4,3	86
1975 bis 1984	7,80	7,98	2,2	5
1985 bis 1994	8,46	8,55	1,1	5
1995 bis 2004	9,08	9,11	0,3	3
2005 bis 2010	- ²	9,40	- ²	1
Insgesamt	7,12	7,39	3,8	100

¹ Nur „mietspiegelrelevante“ Fälle (Wohnungen im freien Wohnungsmarkt mit 30 oder mehr Quadratmeter Wohnfläche, die seit April 2006 neu vermietet wurden oder bei denen die Miete angepasst wurde).
² Ausweisung nicht sinnvoll; die Baujahreskategorie wurde im Mietspiegel 2011/2012 neu eingeführt.

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt KofuunIS

6

Tabelle 1b: Mietspiegelniveau¹ im April 2008 und April 2010 nach den Flächenkategorien im Mietspiegel

Wohnfläche	Kaltmiete 2008	Kaltmiete 2010	Mietanstieg	Wohnungsanteil
	€/m ²		%	
30 bis unter 40 m ²	8,14	8,38	2,9	4
40 bis unter 50 m ²	7,68	7,93	3,3	9
50 bis unter 60 m ²	7,27	7,54	3,7	18
60 bis unter 70 m ²	7,01	7,28	3,9	19
70 m ² und mehr	7,04	7,31	3,9	50
Insgesamt	7,12	7,39	3,8	100

¹ Nur „mietspiegelrelevante“ Fälle (Wohnungen im freien Wohnungsmarkt mit 30 oder mehr Quadratmeter Wohnfläche, die seit April 2006 neu vermietet wurden oder bei denen die Miete angepasst wurde).

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt KofuunIS

wiegend auf die höheren Modernisierungsaktivitäten in Altbauten zurückzuführen, wodurch sich die durchschnittliche Ausstattungsqualität im Altbau an die in jüngeren Bauten im Zeitverlauf annähert und sich prozentual der preisliche Abstand verkürzt. Die Preissteigerungsraten in den einzelnen Baualterklassen gelten auch für die Erhöhung der Satzungsmieten öffentlich geförderter Wohnungen.

Bei den „mietspiegelrelevanten“ Wohnungen liegt das mittlere Kaltmietenniveau in Stuttgart gegenwärtig bei 7,39 Euro pro Quadratmeter. Die Quadratmetermiete ist dabei stark wohnflächenabhängig; sie liegt bei Wohnungsgrößen zwischen 30 und 40 Quadratmeter bei 8,38 Euro, bei Wohnflächen von 70 und mehr Quadratmeter bei 7,31 Euro. Ohne Küchenausstattung und Möblierung ist bei einer Kleinwohnung (ca. 35 m²) momentan eine Kaltmiete von etwa 290 Euro zu erwarten. Für eine Wohnung mit 80 Quadratmeter sind Kaltmieten von 580 Euro wahrscheinlich.

Der neu aufgestellte qualifizierte Stuttgarter Mietspiegel 2011/2012 ist vom 1. Januar 2011 bis zum 31. Dezember 2012 gültig. Die Miethöhen der 255 im Mietspiegel unterschiedenen Wohnungstypen wurden in der Mietspiegelbefragung im April 2010 ermittelt. An der Mietspiegelerstellung waren neben dem Statistischen Amt und dem Amt für Liegenschaften und Wohnen der Landeshauptstadt Stuttgart der Mieterverein Stuttgart und Umgebung e.V. und Haus & Grund Stuttgart e.V. beteiligt.

Mietspiegelrelevante Wohnungen

Bei der Mieterbefragung konnten 7200 Fragebogen an zufällig ausgewählte Mieterhaushalte zugestellt werden. 2700 Mieterhaushalte (37 %) sandten den Fragebogen an das Statistische Amt zurück.

Gesetzlich vorgegeben ist, dass nur relativ marktnahe Wohnungen des freien Wohnungsmarkts bei der Mietspiegelaufstellung berücksichtigt wer-

den können. Nicht zum freien Wohnungsmarkt zählen von Freunden und Verwandten angemietete Wohnungen, Werkwohnungen, Wohnungen in Wohnheimen und Sozialwohnungen. Zusätzlich müssen bei Wohnungen des freien Wohnungsmarkts die Miethöhen innerhalb der letzten vier Jahre vor der Erhebung angepasst oder in dieser Zeit die Wohnung neu vermietet worden sein. Für die Neuaufstellung des Mietspiegels konnten letztlich 1400 „mietspiegelrelevante“ Fälle herangezogen werden, also die Angaben aus 52 Prozent der zurückgesandten Fragebögen berücksichtigt werden. Von den mietspiegelrelevanten Fällen betrafen 61 Prozent seit April 2006 Neuvermietungen und 39 Prozent Mietanpassungen von bereits vor April 2006 abgeschlossenen Mietverträgen.

Aufgrund der Beschränkung auf mietspiegelrelevante Fälle kann vom Mietspiegelniveau (d.h. den Spannenmittelwerten) nur bedingt auf das Mietniveau im freien Wohnungsmarkt insgesamt oder die aktuellen Marktmieten zurück geschlossen werden. So liegt das (mittlere) Mietspiegelniveau etwa drei Prozent über dem Preisniveau, das sich ergeben würde, wenn bei der Mietspiegelaufstellung sämtliche Fragebogen mit Angaben zu Wohnungen des freien Wohnungsmarktes einbezogen würden, also auch die Fälle, bei denen die Miete mehr als vier Jahre lang nicht angepasst wurden. Denn die aus der Mietspiegelaufstellung ausgeschlossenen (nicht-mietspiegelrelevanten) Fälle weisen im Mittel ein Mietniveau von etwa neun Prozent unter dem Mietspiegelniveau aus. Würden dagegen nur die Fälle im Mietspiegel berücksichtigt, die innerhalb der letzten vier Jahre vor der Befragung neu vereinbart wurden, läge das so ermittelte Preisniveau um etwa vier Prozent über dem Mietspiegelniveau. Aufgrund dieser Werte kann als Faustregel gelten, dass sich in den letzten vier Jahren nicht angepasste Mieten im freien Wohnungsmarkt preislich an der Spannenuntergrenze und aktuell (also im Jahr 2010) vereinbarte Mieten an der Spannenobergrenze der Mietpreisspannen im Mietspiegel be-

wegen dürften (die Mietpreisspanne um den Spannenmittelwert beträgt +/- 13,5 %).

Energetische Sanierung

In einer zusätzlichen Stichprobe hat das Statistische Amt 2000 Fragebögen an Haushalte versandt, die in seit 1998 energetisch sanierten Gebäuden wohnen. Die Adressen dieser Gebäude wurden aus dem für Privatinvestoren konzipierten städtischen Energiesparprogramm entnommen beziehungsweise im Vorfeld von „institutionellen“ Vermietern erfragt. Die Abschneidegrenze bei den Sanierungsjahren („1998 oder später“) ergab sich aus dem Jahr, in dem das Energiesparprogramm erstmals aufgelegt wurde und die Stadt Kenntnis über durchgeführte energetische Sanierungen erlangte. In der Zusatzbefragung wurden letztlich 1800 Mieterhaushalte erreicht, 700 davon antworteten. In 400 Fällen waren dabei die bei der Beurteilung der „Mietspiegelrelevanz“ gesetzten Kriterien erfüllt.

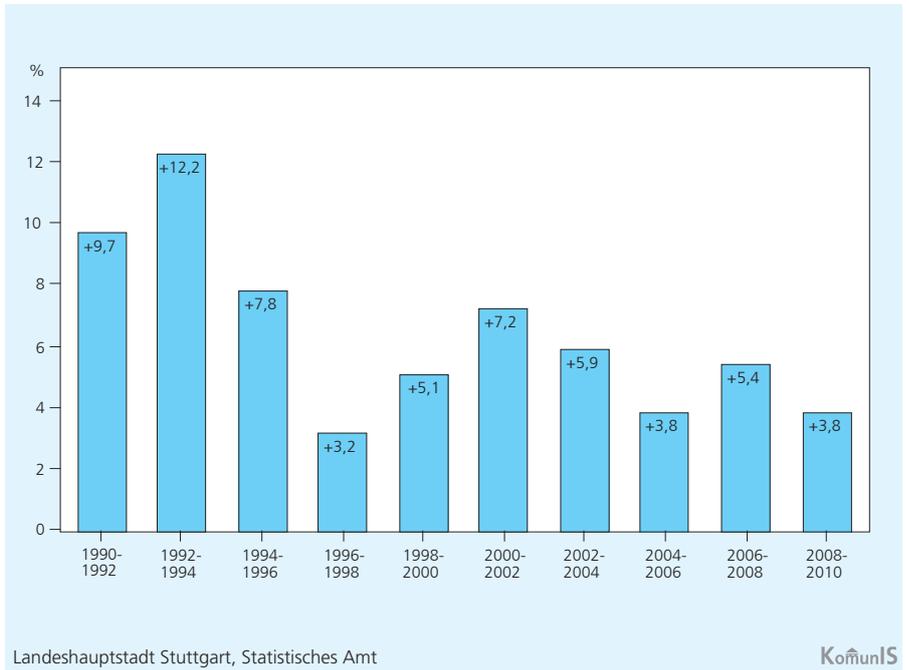
Die Miethöhen dieser Wohnungen wurden mit denen in vergleichbaren, aber nicht energetisch sanierten Wohnungen verglichen. Für umfassende energetische Sanierungsmaßnahmen wurde dabei eine Preisdifferenz von 40 Cent je Quadratmeter bei der Monatskaltmiete festgestellt. „Umfassend“ ist eine energetische Sanierung, wenn seit 1998 mindestens drei der folgenden vier Maßnahmen durchgeführt worden sind: Wärmedämmung der Außenwände, Wärmedämmung des Daches, Wärmedämmung des Kellers, Erneuerung der Heizungsanlage. Geht man bei einer umfassenden Sanierung im obigen Sinne (also einer Vollsanierung ohne Fensterersatz) bei Kreditfinanzierung von Investitionskosten von etwa 1,50 bis 1,60 Euro je Quadratmeter und Monat aus, so deckt ein Zuschlag von 40 Cent je Quadratmeter etwa ein Viertel der Investitionskosten ab. Diese Investitionskostenhöhe ist aus den Daten des Energiesparprogramms (zwischen 2003 und 2010 vollsanierte Gebäude) abgeleitet. Die Kostenhöhe wurde beispielhaft für Gebäude mit fünf bis

sieben Wohnungen ermittelt (bei weniger Wohnungen im Gebäude ist sie höher, bei mehr ist sie geringer), als Zinsfuß für die Berechnung wurde ein Kreditzins von fünf Prozent angenommen; der Abschreibungszeitraum wurde auf 30 Jahre gesetzt.

Im Umkehrschluss dürfte im Falle von seit 1998 erfolgten Sanierungen, deren Kosten sich zu 75 Prozent oder mehr auf die Instandhaltung und zu 25 Prozent oder weniger auf die reine energetische Modernisierung verteilen, der auf dem Markt gegenwärtig beobachtbare (mittlere) Aufschlag von ungefähr 40 Cent je Quadratmeter und Monat zur Refinanzierung der Investitionen des Vermieters ausreichen. Die Kosten für Warmwasser und Heizung werden in der Mietspiegelpraxis bei der rechnerischen Trennung der Kaltmiete von den Nebenkosten bei Warmmietverträgen auf 1,12 je Quadratmeter und Monat taxiert. Ab Energieeinsparungen durch umfassende energetische Sanierungen von etwa einem Drittel dürften also auch Mieter in der gegenwärtigen Marktsituation von energetischen Sanierungen profitieren. Eine Gewinnsituation sowohl für Mieter als Vermieter dürfte bei einem Aufschlag von 40 Cent je Quadratmeter und Monat im Regelfall erreicht sein, wenn der Vermieter mehr als 75 Prozent seiner Investitionen für die Instandhaltung des Gebäudes getätigt hat und die Energieeinsparung des Mieters ein Drittel oder mehr beträgt. Beide Bedingungen dürften häufig erfüllt sein.

Die Ermittlung des Aufschlags bei energetischen Sanierungen ist aus vielen Gründen problematisch: Zum einen können Mieter die energetische Qualität von Gebäuden nach wie vor nur schlecht beurteilen. Dieses Problem wurde durch das oben geschilderte Ausweichen auf Vorerhebungen gelöst. Zudem wohnt in den meisten von privater Seite sanierten Gebäuden, in denen Wohnungen vermietet sind, auch der Eigentümer-/Investorenhaushalt. Die Gebäude mit Eigentumswohnungen befinden sich oftmals in Wohnlagen besonders hoher Qualität,

Abbildung 1: Mietspiegel-Veränderungsraten in Stuttgart seit 1990



weshalb der Aufschlag von einem über den im Mietspiegel bereits berücksichtigten Lageeinfluss bereinigt werden muss. Bei den von institutioneller Seite sanierten Gebäuden ist zu beachten, dass verstärkt Gebäude saniert wurden, die in den 1950ern und 1960ern gebaut wurden. Diese Gebäude weisen vor der Sanierung um Ausstattungs-, Lage- und Flächeneffekte bereinigt relativ geringe Mieten auf. Die Sanierung führt dann eher zu einem Aufholen als ein Überholen des mittleren Mietpreinsniveaus im Altbausegment, weshalb der preisliche Effekt der Sanierung ohne zusätzliche Rechenschritte relativ schwer erkennbar ist. Die zum Teil praktizierte Mietpreispolitik der institutionellen Vermieter, für Bestandsmieter den Mietpreis nach der Sanierung gegen Verzicht auf Mietpreisminderungen während der Zeit der Bauarbeiten nicht zu erhöhen, erschwert die Beobachtung des Aufschlags zusätzlich. In 25 Prozent der Sanierungsfälle werden zu den energetischen Sanierungen auch sonstige größere Modernisierungen in der Wohnung durchgeführt. Auch diesen Effekt gilt es zu berücksichtigen (etwa wie hier durch Ausschluss von „generalsanierten“ Wohnungen bei den Berechnungen).

Der Vermieter hat im neuen Mietspiegel bei umfassenden Sanierungen, die nach 1998 erfolgt sind, zwei Möglichkeiten zur Mietanpassung:

Zuschlag von fünf Prozent auf die örtliche Vergleichsmiete (entspricht ca. 40 Cent je m² und Monat bei Wohnungen, die vor 1975 gebaut worden sind). Dieser Zuschlag bietet sich für aktuell durchgeführte beziehungsweise künftige energetische Maßnahmen an.

Hinzurechnung eines stark aufwertenden Merkmals bei der Ausstattungsbeurteilung, was im Regelfall zu einer Heraufstufung um eine Ausstattungskategorie führt. Bei länger zurückliegenden Sanierungsmaßnahmen kann so festgestellt werden, ob in der aktuellen Kaltmiete ein Zuschlag schon enthalten ist oder nicht. Eine angemessene Mietanpassung könnte dann eventuell nachgeholt werden.

Bei energetischen Teilsanierungen konnten aufgrund der vielfältigen Kombinationsmöglichkeiten von Maßnahmen und im Einzelfall geringen Energieeinsparnissen des Mieters empirisch keine Kaltmietenaufschläge

nachgewiesen werden. Gegebenenfalls hat der Vermieter aber die Möglichkeit, im Rahmen der Preisspannen der Mietspiegeltabelle (+/- 13,5 % vom Mittelwert) angemessene Kaltmietenaufschläge zu verlangen. Eine Ausnahme stellt der Einbau von Wärmeschutzfenster dar, der bereits in den bisherigen Mietspiegeln bei der Ausstattungsbeurteilung als leicht aufwertendes Merkmal berücksichtigt wurde. Bei einer „umfassenden“ energetischen Sanierung mit zusätzlicher Fenstererneuerung kann also letztlich ein stark und ein leicht aufwertendes Merkmal bei der Ausstattungsbeurteilung angerechnet werden.

Lagebeurteilung

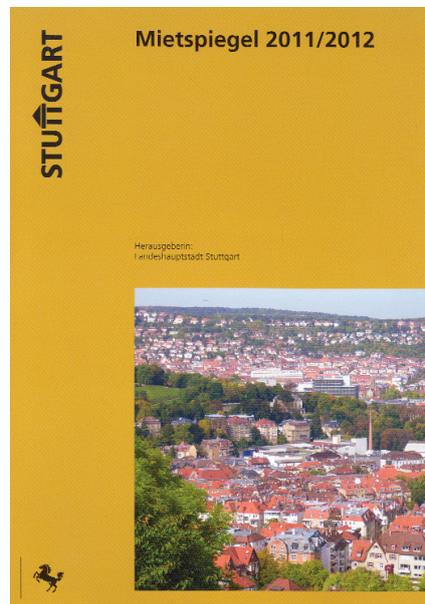
Wohnungen in innenstädtischen Lagen weisen für ihre Ausstattung und ihr Baujahr vergleichsweise hohe Mieten auf. Die Nachfrage nach diesen Wohnungen ist in den letzten Jahren gestiegen. Um diesem Sachverhalt gerecht zu werden, wird bei innerstädtischen Lagen (Wohnungen in den inneren Stadtbezirken) im neuen Mietspiegel bei der Saldierung der Lagevorteile und -nachteile für eine innerstädtische Lage ein doppelter Lagevorteil angesetzt. Für den Stadtbezirk Ost gilt dies allerdings nur für die Hang- und Höhenlagen. Außerhalb dieser Bereiche ist dort nur von einem einfachen Lagevorteil auszugehen. In der Konsequenz werden im Regelfall innerstädtische, vom Verkehr wenig beeinträchtigte Lagen mit sehr guten Einkaufsmöglichkeiten für den täglichen Bedarf künftig in die „Lage mit Vorteilen“ (bisher: durchschnittliche Lage) eingestuft werden, weil sie im Saldo drei oder mehr Lagevorteile auf sich vereinigen können. Die Miethöhendifferenz zur „durchschnittlichen Lage“ beträgt etwa 30 Cent je Quadratmeter und Monat.

Fazit

Der neu aufgestellte Stuttgarter Mietspiegel 2011/2012 weist mit einem

Plus von 3,8 Prozent relativ moderate Mietpreiserhöhungen auf. Höhere Mietpreisanpassungen waren auf dem Markt, trotz einer anhaltend hohen Nachfrage nach Wohnungen in Stuttgart, vor dem Hintergrund der Wirtschafts- und Finanzkrise und allgemein niedrigen Inflationsraten zwischen April 2008 und April 2010 nicht erzielbar. Der neue Stuttgarter Mietspiegel enthält als wesentliche Neuerung nunmehr eine energetische Sanierungskomponente.

Bestellung des Mietspiegels



Der neue Mietspiegel 2011/2012 kann als Broschüre, die neben der Mietspiegeltabelle Hinweise zur genauen Zuordnung der Wohnung in eine angemessene Ausstattungs- und Lagekategorie enthält, gegen eine Schutzgebühr von 6,50 Euro zuzüglich 1,60 Euro Versandkosten bezogen werden beim

Statistisches Amt
Eberhardstraße 39
70173 Stuttgart
Tel.: 0711-216-98587
Fax: 0711-216-98570
E-Mail: poststelle.12@stuttgart.de

oder im Internetshop unter

www.stuttgart.de/statistik-infosystem

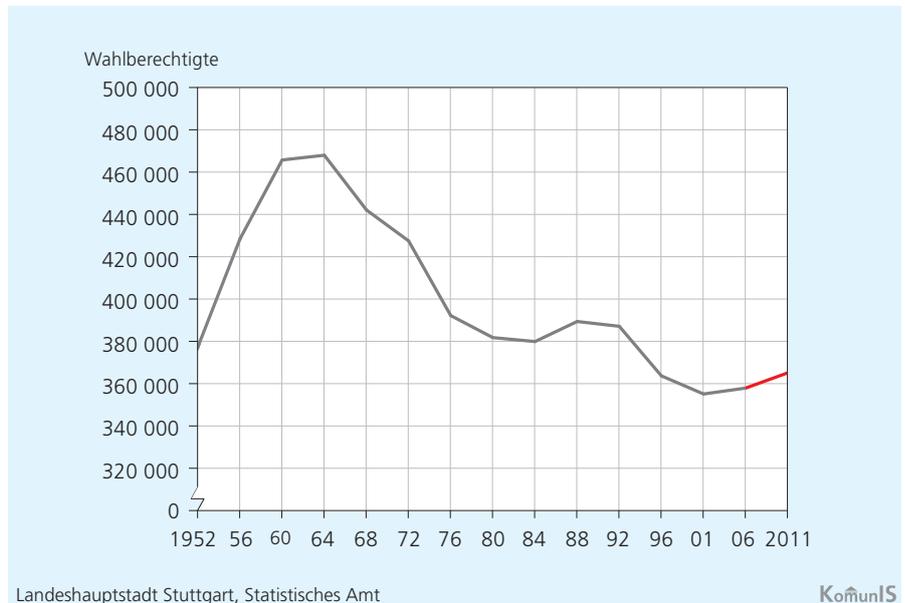
Vor der Landtagswahl 2011: Rückblick auf die Landtagswahlen in Stuttgart seit 1952

Michael Haußmann

Wahlberechtigte

Parallel zur Einwohnerzahl stieg die Zahl der Wahlberechtigten im Wahljahr 1964 auf einen später nicht mehr erreichten Höchstwert von 467 737. Die niedrigste Zahl war im Jahr 2001 mit 355 106 zu verzeichnen. Danach stieg im Zuge der Reurbanisierung auch die Zahl der Wahlberechtigten wieder leicht an, bei der Landtagswahl 2006 waren es 357 898. Bei der kommenden Landtagswahl kann nochmals mit einem Anstieg auf etwa 365 000 Wahlberechtigte, darunter 68 000 mit Migrationshintergrund, gerechnet werden (vgl. Abbildung 1).

Abbildung 1: Wahlberechtigte bei den Landtagswahlen in Stuttgart seit 1952 und Schätzung für 2011



Wahlbeteiligung

Der Höchststand der Wahlbeteiligung wurde 1972 mit 80,7 Prozent erreicht, danach begann eine Talfahrt, die nur im Wahljahr 1988 durch ein Zwischenhoch leicht gebremst wurde. Bei der vergangenen Landtagswahl

wurde mit 57,0 Prozent die zweit-schlechteste Wahlbeteiligung nach 1960 verzeichnet. Damals wählten nur 55,0 Prozent der Wahlberechtigten (vgl. Abbildung 2).

Außer bei den vier Landtagswahlen zwischen 1956 und 1968 lag die Beteiligung in Stuttgart immer über dem Landesdurchschnitt, 2006 betrug der Abstand zum Landeswert 3,6 Prozentpunkte (vgl. Abbildung 3).

Abbildung 2: Wahlbeteiligung bei den Landtagswahlen in Stuttgart seit 1952

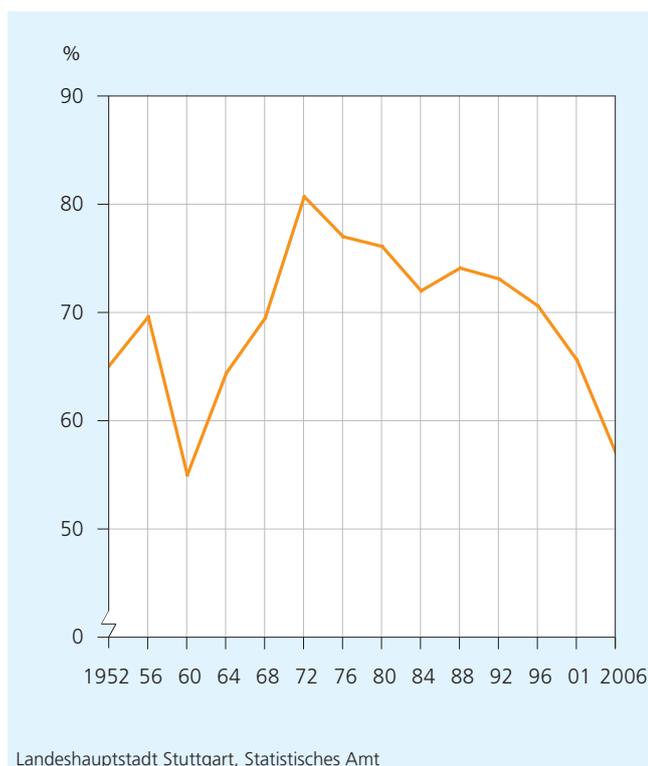
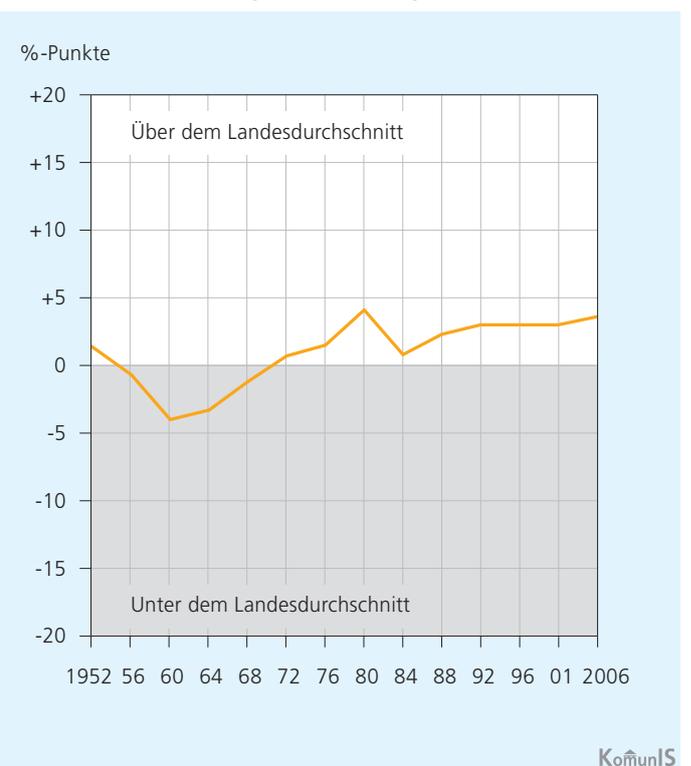


Abbildung 3: Abstand der Wahlbeteiligung zum Landesdurchschnitt bei den Landtagswahlen in Stuttgart seit 1952



Ergebnisse der CDU, SPD, FDP und der GRÜNEN in Stuttgart insgesamt

Bei den sechs Landtagswahlen von 1952 bis 1972 hat sechsmal die SPD die höchste Stimmenzahl in Stuttgart erreicht, danach hatte die CDU achtmal in Folge die Nase vorn (vgl. Abbildung 4).

Während die CDU in der Landeshauptstadt bei allen 14 Landtagswahlen schlechter abschnitt als im Land, war bei der SPD, der FDP und den GRÜNEN das Gegenteil der Fall. Während sich die Ergebnisse von CDU, SPD und FDP immer mehr dem Landesschnitt annähern, setzt sich das Ergebnis der GRÜNEN immer mehr vom Landesergebnis ab (vgl. Abbildung 5).

Die CDU konnte ihren Stimmenanteil von 17,2 Prozent im Jahr 1952 bis zum Höchstwert von 46,7 Prozent im Jahr 1976 steigern, danach erfolgte ein Abstieg auf 32,4 Prozent im Jahr 1996. Bei den vergangenen beiden

Landtagswahlen hat sich das Ergebnis der Christdemokraten bei 37,1 beziehungsweise 36,5 Prozent eingependelt (vgl. Abbildung 4).

Die SPD erreichte ihr bestes Ergebnis bei der Landtagswahl 1972 mit 45,8 Prozent, danach begann eine lange Talfahrt, die ihren Tiefpunkt im Jahr 1996 mit 26,3 Prozent fand. Das Wahljahr 2001 erbrachte ein Zwischenhoch von 36,3 Prozent, bei der vergangenen Landtagswahl fiel die Partei mit 26,4 Prozent fast wieder auf das Niveau von 1996 zurück (vgl. Abbildung 4).

Die FDP erzielte bei der Landtagswahl 1952 mit 28,9 Prozent ihr bestes Ergebnis. Damals firmierte sie noch unter DVP und stellte mit Reinhold Maier auch kurzzeitig den Ministerpräsidenten. Unter der Bezeichnung FDP/DVP setzte danach eine lange Talfahrt ein, die 1988 mit 7,4 Prozent ihren Tiefpunkt fand. 1996 und 2006 konnte dann mit jeweils 11,9 Prozent wieder ein zweistelliges Ergebnis eingefahren werden (vgl. Abbildung 4).

Die GRÜNEN konnten nach ihrer Gründung im Jahr 1980 reüssieren: Von anfänglichen 5,6 Prozent ging es steil bergauf bis zu 16,7 Prozent bei der Landtagswahl 2006, nur kurz gebremst durch einen deutlichen Rückgang auf 11,5 Prozent im Wahljahr 2001 (vgl. Abbildung 4).

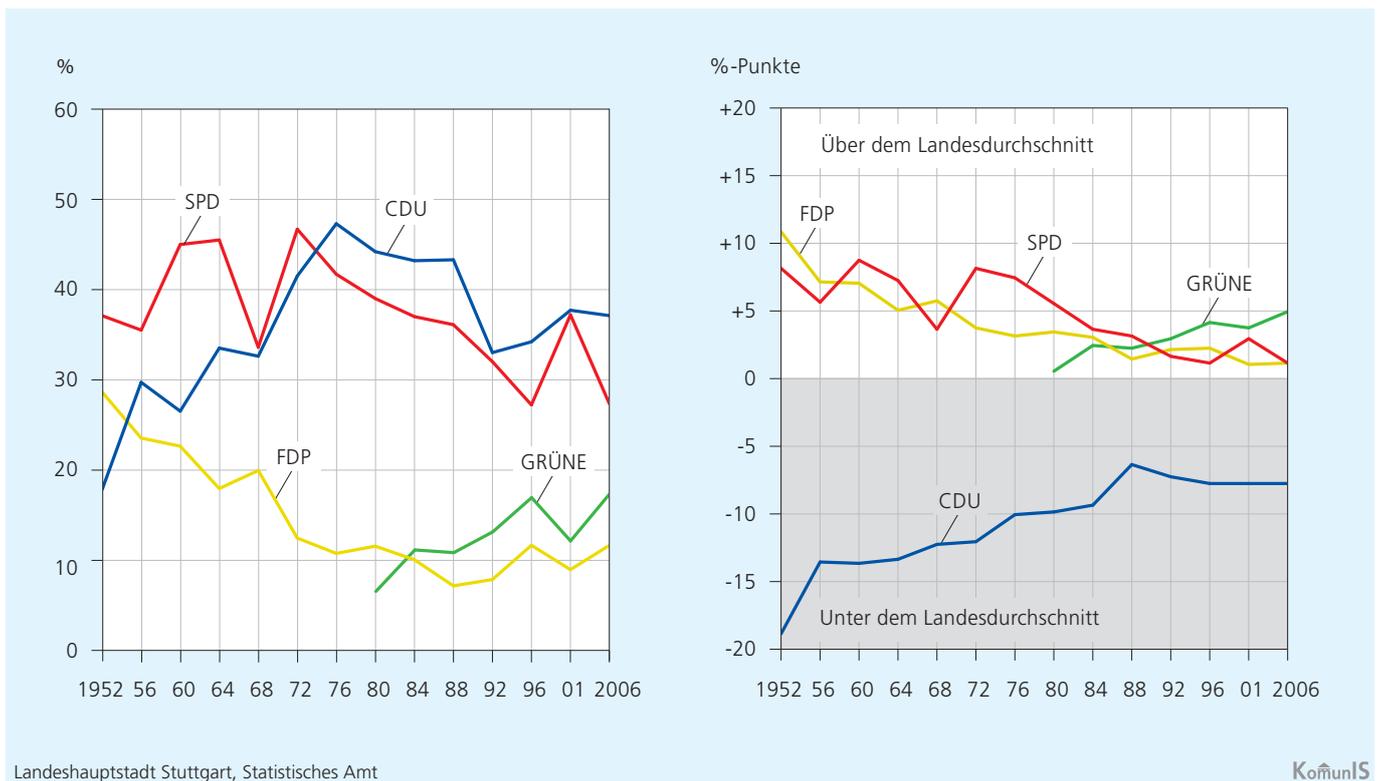
Bewerber/-innen aus den Stuttgarter Wahlkreisen im Landtag

Addiert man alle Sitze, welche bei den Landtagswahlen seit 1952 von Stuttgarter Bewerber/-innen besetzt werden konnten, liegt die SPD mit 51 Sitzen vor der CDU mit 42 Sitzen, gefolgt von der FDP mit 25 Sitzen und den GRÜNEN mit 12 Sitzen. Die KPD und die Republikaner kamen auf je einen Sitz.

Nach der Kopfzahl war Stuttgart nach der Landtagswahl 1956 am stärksten vertreten, als aus den damals fünf Stuttgarter Wahlkreisen 13 Kandidat/-innen in den Landtag einzogen. Nur vier Jahre später reduzierte sich die

Abbildung 4: Ergebnisse der vier großen Parteien bei den Landtagswahlen in Stuttgart seit 1952

Abbildung 5: Ergebnisse der vier großen Parteien im Vergleich zum Landesdurchschnitt bei den Landtagswahlen in Stuttgart seit 1952



Zahl der Stuttgarter Abgeordneten allerdings auf den Tiefstand von fünf Personen. Bei dieser Wahl konnte das einzige Mal kein Stuttgarter Bewerber ein Zweitmandat erreichen. Bei den letzten beiden Landtagswahlen konnten jeweils sieben Stuttgarter Bewerber/-innen einen Sitz ergattern, bei der Wahl 2006 war erstmals kein Kandidat der SPD darunter (vgl. Abbildung 6).

Sechsmal konnte Karl Hauff von der SPD ein Direktmandat gewinnen (1952 bis 1972), fünfmal gelang dies Peter Wetter (1972 bis 1988) sowie Gerhard Mayer-Vorfelder, beide von der CDU (1980 bis 1996). Ulrich Maurer von der SPD konnte sechsmal ein Zweitmandat ergattern (1980 bis 2001), fünfmal zog Friedrich Haag von der FDP/DVP (1972 bis 1988) in den Landtag ein (vgl. Abbildung 7).

Ergebnisse der CDU, SPD, FDP und der GRÜNEN in den Stuttgarter Stadtbezirken

13-mal erreichte die CDU im Stadtbezirk Nord die höchste Stimmenzahl, der SPD gelang dies ebenfalls 13-mal im Bezirk Münster. Die FDP hatte 1952 unter dem Parteinamen DVP in den Stadtbezirken Mitte, Nord, West, Birkach, Degerloch, Plieningen, Sillenbuch und Zuffenhausen die Nase vorn, in Birkach konnte sie diesen Erfolg im Jahr 1956 unter dem neuen Namen FDP/DVP noch einmal wiederholen. Die GRÜNEN konnten bisher noch in keinem Stadtbezirk die relative Mehrheit erlangen (vgl. Abbildung 8).

Seit 1984 sind die Innenstadtbezirke West und Mitte zugunsten von Rot-Grün gekippt. Hier liegen die SPD und die GRÜNEN heute deutlich über dem städtischen Durchschnitt. Dies war

nicht immer so: Bis 1976 waren in beiden Bezirken überdurchschnittliche Ergebnisse der CDU zu verzeichnen. Auch im Stadtbezirk Süd kann Rot-Grün inzwischen deutlich überdurchschnittliche Ergebnisse vorweisen. Aufholen konnte Rot-Grün in den Bezirken Birkach, Nord, Degerloch und Plieningen (vgl. Abbildung 9).

Zugunsten des Schwarz-Gelben Lagers gekippt sind die Stadtbezirke Botnang, Hedelfingen, Untertürkheim und Feuerbach. Deutlich aufholen konnte Schwarz-Gelb in Wangen, Weilimdorf, Stammheim, Zuffenhausen, Münster und Mühlhausen (vgl. Abbildung 9).

Relativ stabile Verhältnisse herrschen dagegen in den Stadtbezirken Bad Cannstatt, Ost, Möhringen, Obertürkheim, Sillenbuch und Vaihingen (vgl. Abbildung 9).

Abbildung 6: Gewählte Bewerber/-innen (Erst- und Zweitmandate) aus den Stuttgarter Wahlkreisen bei den Landtagswahlen seit 1952

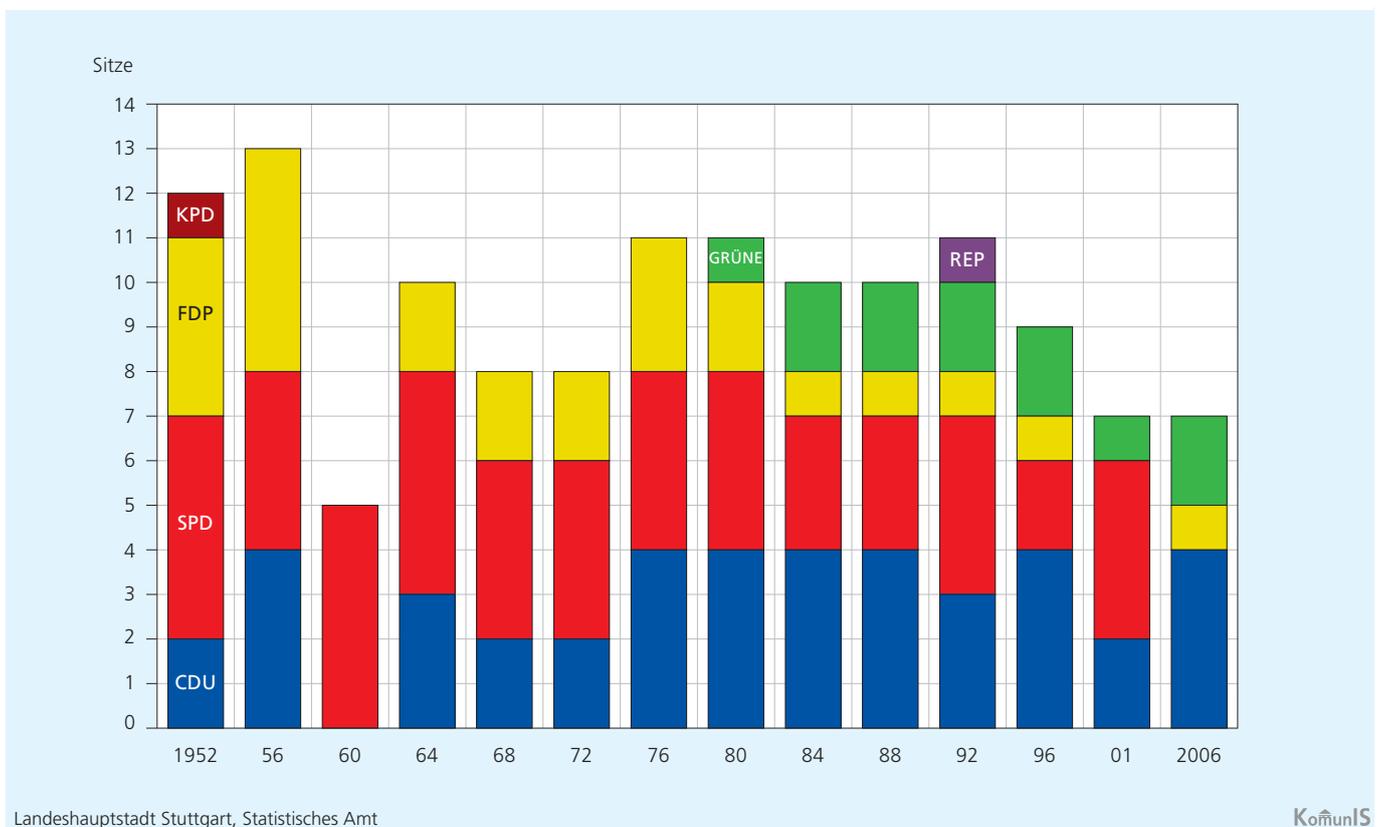


Abbildung 7: Namen der gewählten Bewerber/-innen (Direktmandate) aus den Stuttgarter Wahlkreisen bei den Landtagswahlen seit 1952



Abbildung 8: Ergebnisse der vier großen Parteien bei den Landtagswahlen in den Stuttgarter Stadtbezirken seit 1952



Noch Abbildung 8: Ergebnisse der vier großen Parteien bei den Landtagswahlen in den Stuttgarter Stadtbezirken seit 1952

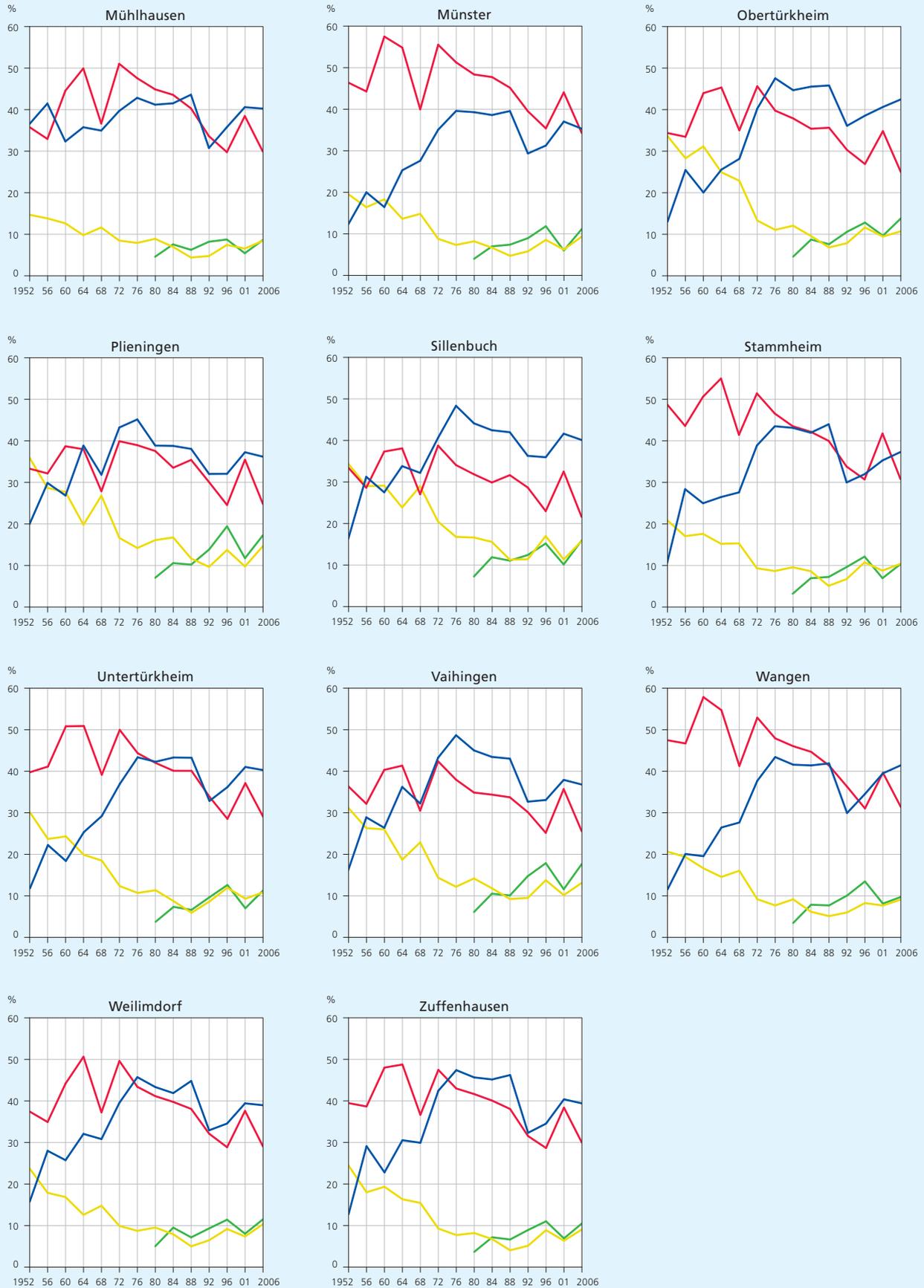
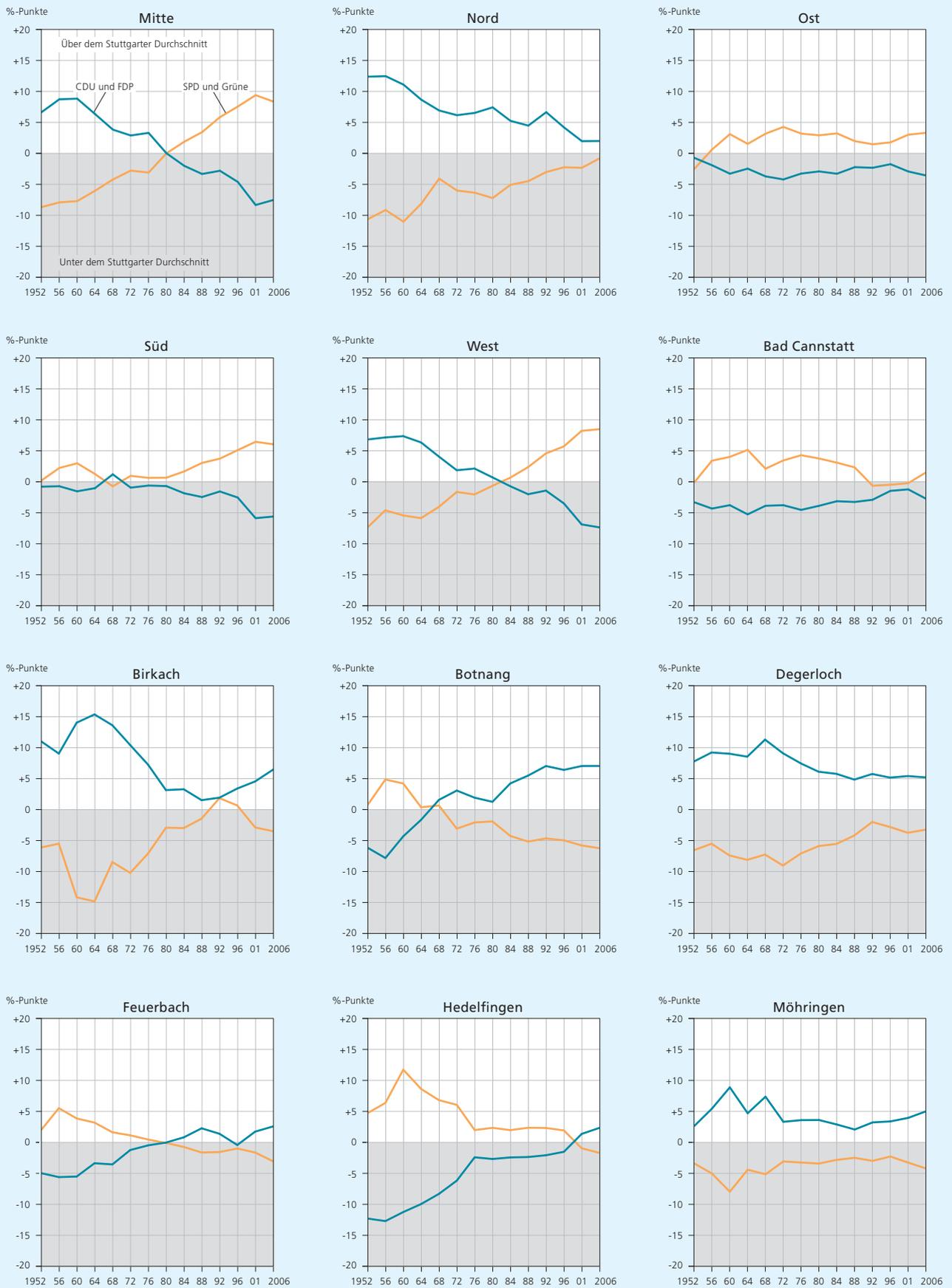
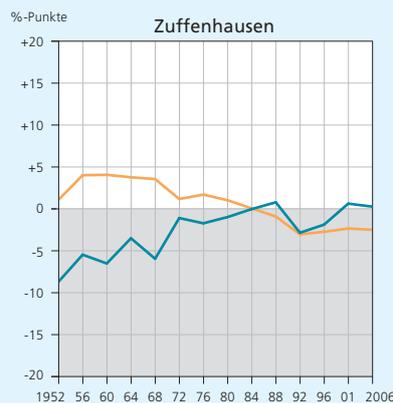
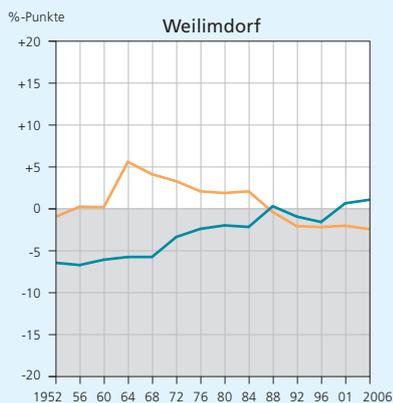
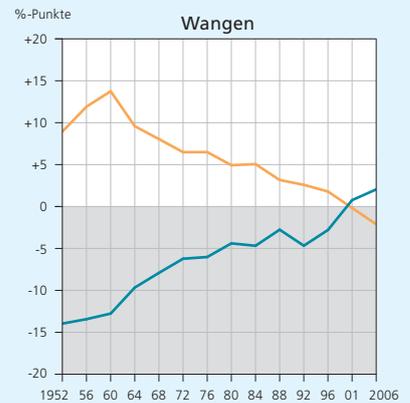
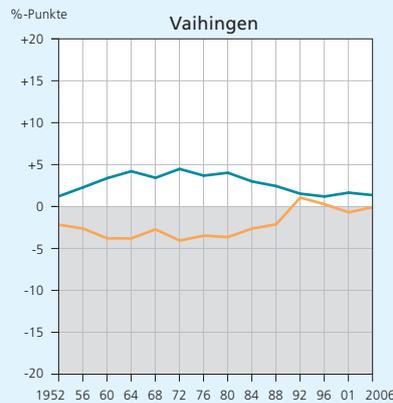
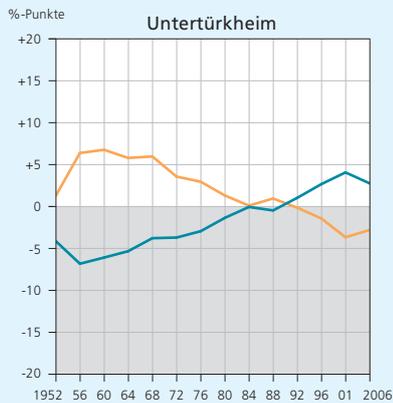
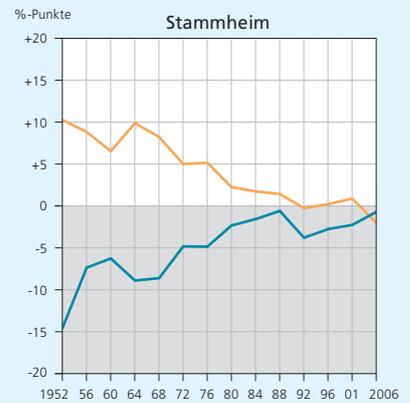
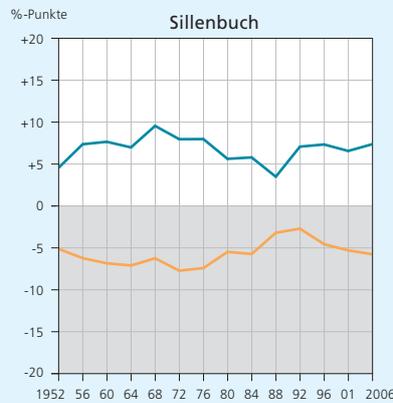
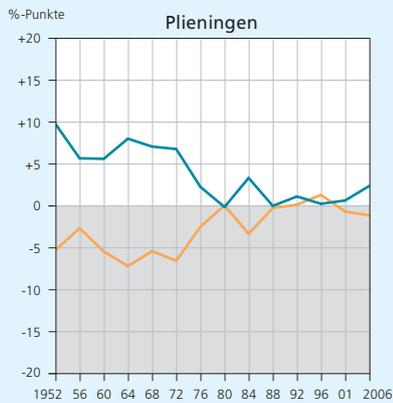
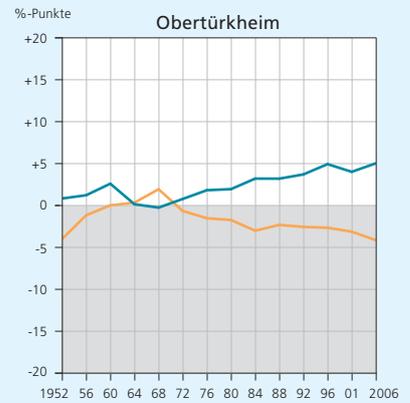
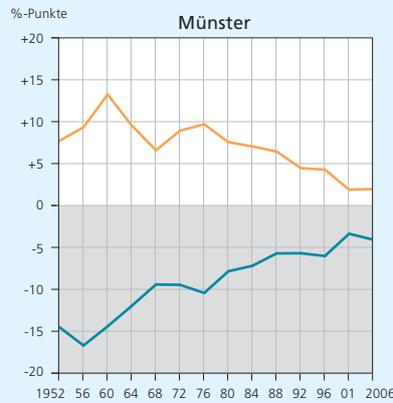
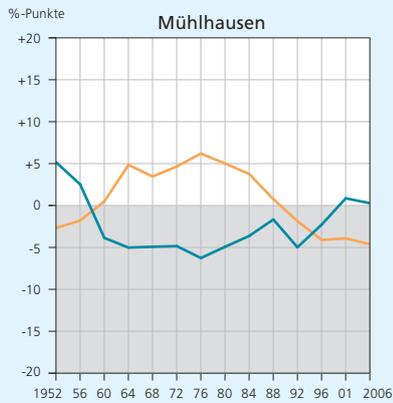


Abbildung 9: Ergebnisse von Schwarz-Gelb versus Rot-Grün im Vergleich zum städtischen Durchschnitt bei den Landtagswahlen in den Stuttgarter Stadtbezirken seit 1952



Noch Abbildung 9: Ergebnisse von Schwarz-Gelb versus Rot-Grün im Vergleich zum städtischen Durchschnitt bei den Landtagswahlen in den Stuttgarter Stadtbezirken seit 1952



Michael Haußmann, Ansgar Schmitz-Veltin

Einwohnerbegriffe und Datengrundlagen in der kommunalen Bevölkerungsstatistik – Wie viele Einwohner leben in Stuttgart?

Die für alle Gemeinden in Deutschland vorliegende amtliche Einwohnerzahl basiert auf den fortgeschriebenen Ergebnissen der Volkszählung 1987

1. Einleitung: Wie wichtig ist die Einwohnerzahl?

Die Zahl der Einwohner ist eine der wichtigsten Größen zur Charakterisierung von Städten und Gemeinden. Sie ist die Bezugsgröße für zahlreiche rechtliche Regelungen und die Grundlage für Finanzaufweisungen an die Gemeinde, bestimmt die Bedeutung und überregionale Stellung von Städten und wird als Grundlage für die Planung von Infrastrukturen oder Wohnungen benötigt. Doch wie viele Menschen leben in einer Stadt? Diese vermeintlich einfache Frage ist alles andere als schnell zu beantworten. Die Zahl der Einwohner variiert je nach Quelle der Daten und je nach Kontext, in dem sie benötigt wird.

2. Verschiedene Einwohnerbegriffe und Datenquellen

Grundsätzlich gibt es für alle administrativen Gebietseinheiten Deutschlands eine amtliche Einwohnerzahl (Bevölkerungsfortschreibung). Diese wird durch die Statistischen Landesämter auf Grundlage des Gesetzes über die Statistik der Bevölkerungsbewegung und die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes¹ durchgeführt. Die Bevölkerungsfortschreibung hat zum Ziel, die wichtigsten Einwohnerdaten im Zeitraum zwischen zwei Volkszählungen in der Regel vierteljährig zu ermitteln (Kohls 1987, S. 11). Dazu werden die zuletzt in der Volkszählung 1987 erhobenen Bevölkerungsdaten unter Berücksichtigung der Einwohnerbewegungen (Zuzüge, Fortzüge, Geburten, Sterbefälle) differenziert nach Alter, Geschlecht, Familienstand und Staatsangehörigkeit (deutsch und insgesamt) fortgeschrieben. Die amtliche Einwohnerzahl liegt für alle Gemeinden und alle darüber liegenden administrativen Gebietseinheiten vor und bildet in Baden-Württemberg wie in anderen Bundesländern beispielsweise die Grundlage für Steuerzuweisungen durch das Land oder für die Besoldungseinstufung der Bürgermeister. Sie ist im Besonderen geeignet, um Kommunen miteinander zu vergleichen, da bei ihrer Ermittlung – innerhalb eines Bundeslandes – die gleiche Methodik angewandt wird.

Vor allem für mittlere und größere Städte stößt die amtliche Bevölkerungszahl jedoch an ihre Grenzen. Zeitlich, sachlich und räumlich lässt sich die Zahl nicht beziehungsweise nur in geringem Umfang gliedern, so dass sie beispielsweise für die Planung kommunaler Infrastrukturen in den meisten Fällen nicht geeignet ist. Die Bevölkerungsfortschreibung enthält nur wenige demographische Merkmale, wie Alter, Geschlecht und Familienstand und liegt darüber hinaus nur zu bestimmten Stichtagen (31.03., 30.06., 30.09. und 31.12.) vor. Außerdem umfasst sie nur Einwohner am Ort ihrer Hauptwohnung. Dies führt dazu, dass insbesondere Gemeinden mit hohen Anteilen an Nebenwohnungen, beispielsweise Studentenstädte, für mehr Einwohner Infrastruktur vorhalten müssen, als es der amtlichen Bevölkerungszahl entspricht.²

Das größte Defizit der amtlichen Bevölkerungsfortschreibung besteht in ihrer eingeschränkten Regionalisierbarkeit. Unterhalb der Gemeindeebene wird die amtliche Bevölkerungszahl nicht fortgeschrieben, so dass für Stadtteile, Baublöcke

Amtliche Einwohnerzahl lässt sich nicht kleinräumig gliedern

oder Einzugsgebiete von Schulen keine Daten vorliegen. Diese sind jedoch von großer Bedeutung beispielsweise bei der Planung von Infrastruktur oder der Einteilung in Wahlbezirke. Daher sind die Kommunen im Rahmen ihrer Planungen auf andere Datenquellen angewiesen. Vor allem große und mittlere Städte werten differenziert ihr Melderegister aus und gewinnen so kleinräumige Daten zum Einwohnerbestand. Voraussetzung hierfür ist, dass die Städte über eine räumlich und organisatorisch von anderen Verwaltungsstellen getrennte, gegen den Zutritt unbefugter Personen hinreichend geschützte und mit eigenem Personal ausgestattete Statistikstelle nach dem Landesstatistikgesetz verfügen.³

Das Melderegister liefert kleinräumig und sachlich differenzierte Daten

Die Melderegister beinhalten alle in einer Gemeinde mit Haupt- und Nebenwohnung gemeldeten Einwohner. Von wenigen Ausnahmen abgesehen (beispielsweise Soldaten in Gruppenunterkünften) unterliegen alle Personen der Meldepflicht⁴ und sind dementsprechend in den kommunalen Melderegistern gespeichert. Die Statistikstellen der Städte können die Daten der Melderegister unter Berücksichtigung der in den jeweils geltenden Statistikgesetzen geregelten Datenschutzbestimmungen auswerten und so innerhalb der städtischen Verwaltung kleinräumige Daten zur Verfügung stellen. Die auf diesem Weg gewonnenen Informationen beinhalten eine Vielzahl melderechtlicher Merkmale wie differenzierte Angaben zur Staatsangehörigkeit, Alter, Geschlecht, Familienstand, Zuzugsdatum oder Religion. Ergänzt werden sie teilweise um Angaben, die nicht direkt aus dem Melderegister gewonnen werden können und mittels statistischer Verfahren aus den Daten abgeleitet werden, wie Migrationshintergrund (Lindemann 2008) oder Haushaltszusammensetzungen (Lindemann 2002). Da die Daten im Melderegister als personenbezogene Einzeldaten vorliegen und so auf Adressebene ausgewertet werden können, erlaubt diese Datenquelle nicht nur die Analyse kleinräumiger Entwicklungen, sondern auch die Betrachtung nicht-administrativer Gebietseinheiten wie beispielsweise Einzugsgebiete von Infrastruktureinrichtungen oder Postleitzahlgebiete.

Tabelle 1: Datenquellen und Einwohnerbegriffe

	Einwohner am Ort der Hauptwohnung	Wohnberechtigte Einwohner
Amtliche Bevölkerungszahl (Fortschreibung durch Statistische Landesämter)	X	
Kommunale Einwohnerzahl (aus Melderegister)	X	X
Kommunale Einwohnerzahl (Fortschreibung durch Kommunen)	X	X
Eigene Darstellung		

Neben Daten aus regelmäßig durchgeführten Registerabzügen zu bestimmten Stichtagen weisen einige Kommunen eine fortgeschriebene Einwohnerzahl aus (vgl. z. B. Schulmeyer 2006), in dem die Änderungsmeldungen der Meldebehörden (An-, Ab- und Ummeldungen) bezüglich weniger Merkmale fortgeschrieben werden. Diese Methodik bietet zwar nur wenige sachliche Gliederungsmöglichkeiten, in Stuttgart umfasst sie die Staatsangehörigkeit (deutsch/nicht deutsch) und das Geschlecht, ist jedoch immer aktuell und kleinräumig differenziert verfügbar.

Einwohner am Ort der Hauptwohnung und wohnberechtigte Einwohner

Während die amtliche Fortschreibung ausschließlich die mit Hauptwohnung gemeldeten Einwohner erfasst (Einwohner am Ort der Hauptwohnung), beinhalten die auf dem Melderegister beruhenden kommunalen Statistiken sowohl mit Haupt- als auch mit Nebenwohnung gemeldete Einwohner. Zum Teil umfassen die Melderegister auch Einwohner, die nicht der Meldepflicht unterliegen und so auch nicht als Einwohner zählen. Auf kommunaler Ebene werden zwei verschiedene Einwohnerbegriffe unterschieden: Die kommunale Zahl der Einwohner am Ort der Hauptwohnung entspricht – de jure – der Definition der Landesämter. Sie umfasst alle Personen, die in der Gemeinde ihre Hauptwohnung⁵ haben. Nicht meldepflichtige Personen werden hierbei nicht berücksichtigt. Die Zahl der wohnberechtigten Einwohner umfasst alle Personen, die in der Gemeinde eine Wohnung haben. Dabei ist es unerheblich, ob es sich dabei um eine Haupt- oder Nebenwohnung handelt. Personen, die in einer Gemeinde mehrfach mit Haupt- und Nebenwohnung(en) gemeldet sind, werden nur einmal gezählt. Vor allem für Planungszwecke ist die Zahl der wohnberechtigten Einwohner von Interesse, da auch für vorübergehend in einer Stadt lebende Personen Infrastruktureinrichtungen und – vor allem – Wohnraum vorgehalten werden muss.

3. In Stuttgart verwendete Einwohnerbegriffe

Eindeutige Angaben zur Zahl der Einwohner in einer Kommune kann es nicht geben, so lange unterschiedliche Datenquellen, Fortschreibungsmethoden und Einwohnerbegriffe nebeneinander bestehen. Für Stuttgart sind deutliche Differenzen sowohl zwischen den Datenquellen (amtliche Fortschreibung, Melderegister) als auch zwischen den Einwohnerbegriffen festzustellen (vgl. Tabelle 2).

Tabelle 2: Einwohnerzahlen in Stuttgart zum 30.06.2010

Datenquelle/Einwohnerbegriff	Einwohnerbestand zum 30.06.2010
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg	
Amtliche Einwohnerzahl (Hauptwohnsitz/Alleiniger Wohnsitz):	602 056
Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt	
Wohnberechtigte Einwohner (Bestand):	586 757
Wohnberechtigte Einwohner (Fortschreibung):	586 706
Wohnberechtigte inkl. doppelter Nebenwohnungen (Bestand):	592 089
Einwohner am Ort der Hauptwohnung (Bestand):	562 017
Einwohner am Ort der Hauptwohnung (Fortschreibung):	561 474

Quellen: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg; Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt

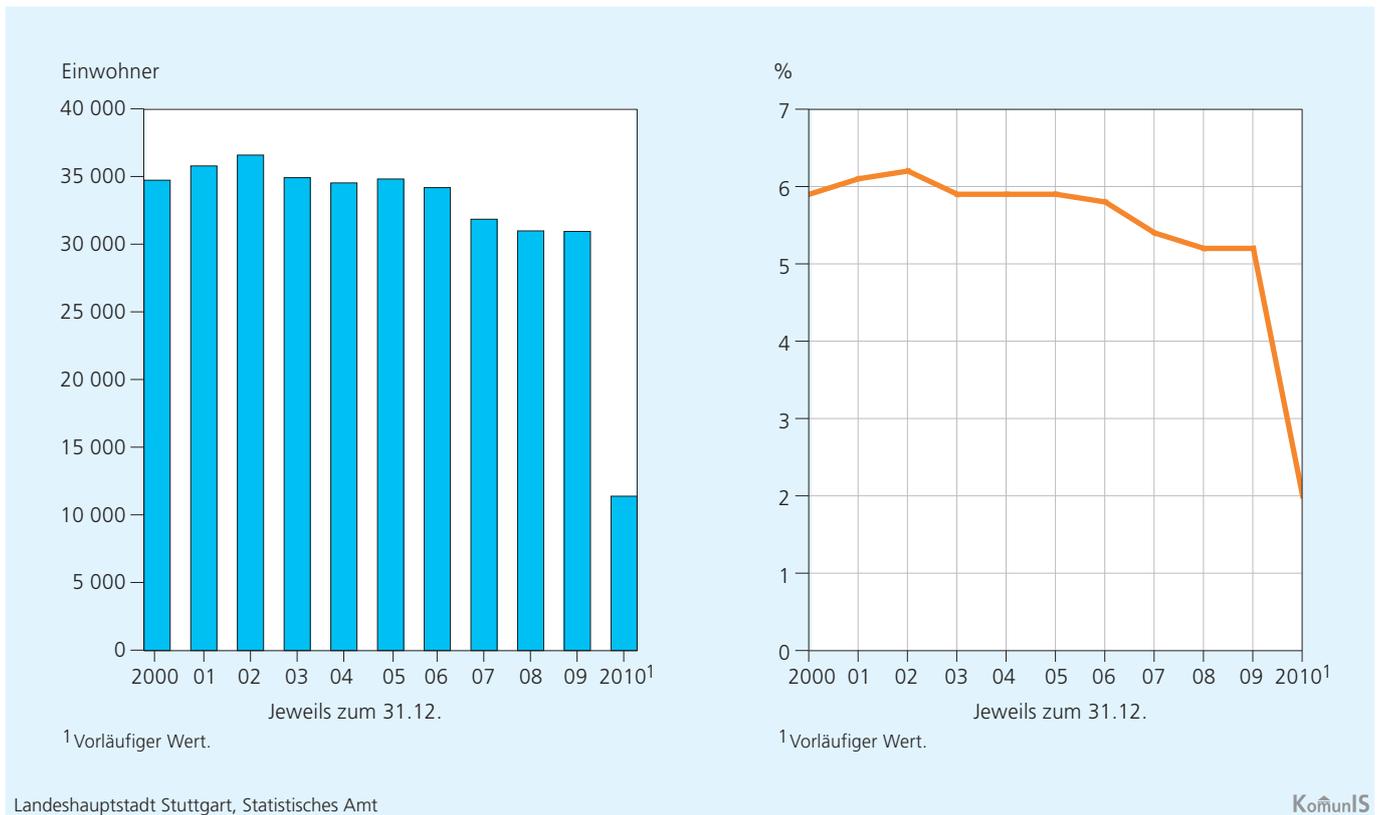
Bis zum Jahr 2000 wies das Statistische Amt der Stadt die Einwohner am Ort der Hauptwohnung als maßgebliche Einwohnerzahl aus. Zum Jahr 2001 erfolgte der Umstieg auf die Zahl der wohnberechtigten Einwohner, um insbesondere der Planung zielgerichtete Daten zur Verfügung stellen zu können (Lindemann 2001).

Einführung der Zweitwohnungssteuer beeinflusst Einwohnerzahl

Zu diesem Zeitpunkt waren in Stuttgart gut 35 000 Personen mit Nebenwohnung gemeldet, rund sechs Prozent aller Einwohner (vgl. Abbildung 1 und 2). Bis Ende 2009 sank der Wert leicht auf rund fünf Prozent ab, die Zahl der Wohnberechtigten mit Nebenwohnung lag während der vergangenen Jahre in etwa konstant bei 30 000. Im Rahmen der Einführung der Zweitwohnungssteuer zum 01.01.2011 meldeten sich ab Mai 2010 rund 20 000 (Stand: 31.12.2010) ausschließlich mit Nebenwohnung gemeldete Einwohner ab. Ein Großteil dieser Abmeldungen muss als Registerbereinigungen interpretiert werden, da die durch die Stadtkämmerei im Vorfeld der Einführung der Steuer verschickten Informationsschreiben zahlreiche mit Nebenwohnung gemeldeten Einwohner erst darauf hinwies, dass eine nicht mehr genutzte Zweitwohnung existierte. Infolge der hierdurch realisierten Abmeldungen sank die Zahl der mit Nebenwohnung gezählten Einwohner in Stuttgart von 31 455 zum Jahresbeginn auf 11 403 zum Jahresende 2010. Die Unterschiede zwischen der Zahl der Einwohner am Ort der Hauptwohnung und der Zahl der wohnberechtigten Einwohner fallen entsprechend immer geringer aus. Die höchsten Differenzen bestehen nach wie vor in den berufstätigen Altersgruppen der 18- bis unter 60-Jährigen, auf die über 80 Prozent aller Nebenwohnungen entfallen.

Abbildung 1: Anzahl der mit Nebenwohnung gemeldeten Wohnberechtigten in Stuttgart 2000 bis 2010

Abbildung 2: Anteil der mit Nebenwohnung gemeldeten Wohnberechtigten an allen Wohnberechtigten 2000 bis 2010



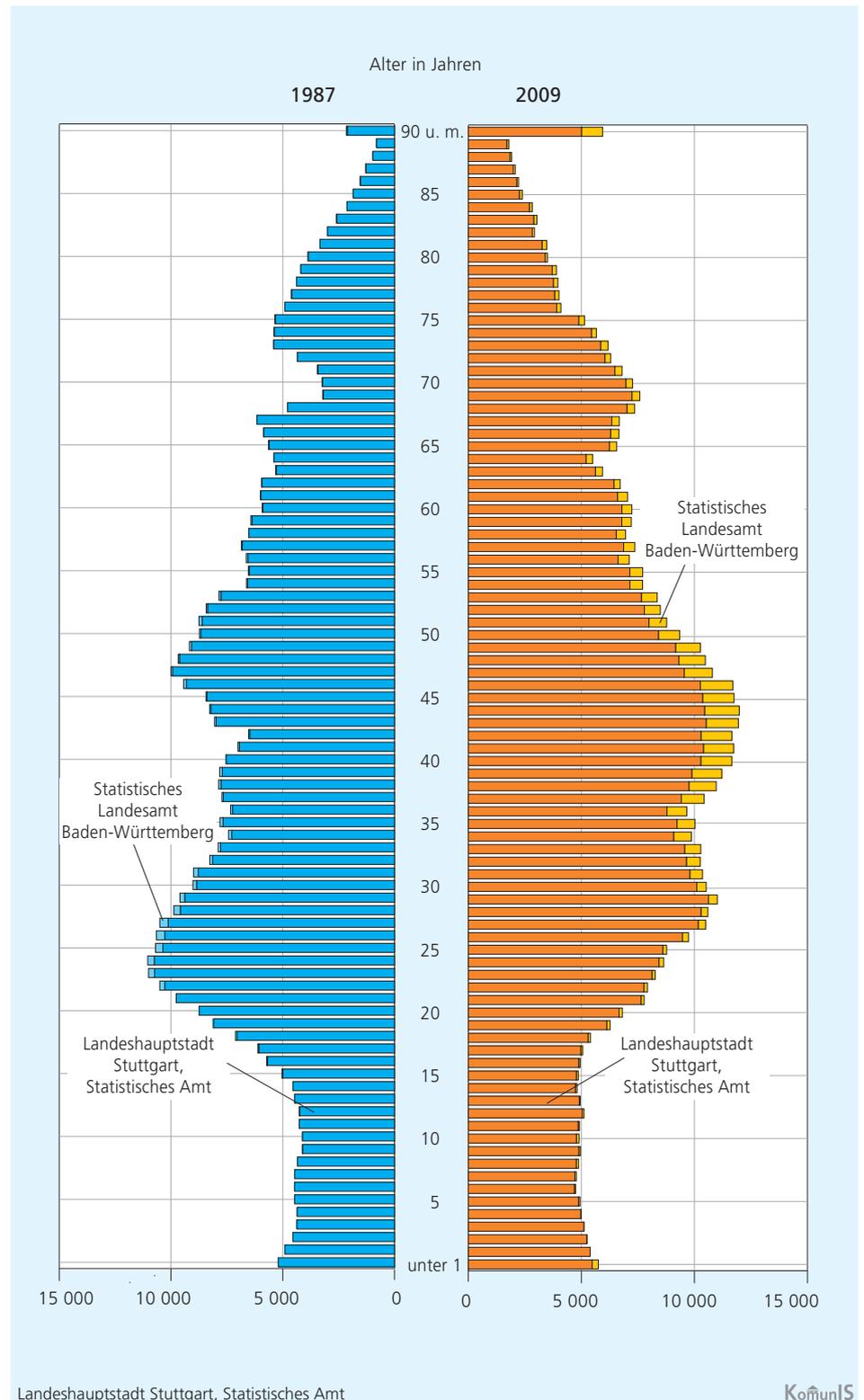
4. Warum weicht die kommunale von der amtlichen Einwohnerzahl ab?

Während sich die Differenz zwischen der Zahl der Wohnberechtigten und der Zahl der Einwohner am Ort der Hauptwohnung inhaltlich erklären lässt, müssten sich die unterschiedlichen Angaben zur Einwohnerzahl am Ort der Hauptwohnung weitgehend entsprechen. Tatsächlich jedoch bestehen deutliche Unterschiede: Die Zahl schwankt in Stuttgart am 30.06.2010⁶ zwischen 561 474 nach der kommunalen Fortschreibung und 602 056 nach der amtlichen Einwohnerzahl des Statistischen Landesamtes. Der Auszug des Melderegisters ergibt für den gleichen Stichtag eine Einwohnerzahl von 562 017 Personen (vgl. Tabelle 2).

Deutliche Abweichungen zwischen amtlicher Einwohnerzahl und kommunalen Zahlen

Die Abweichungen zwischen der Einwohnerzahl des Statistischen Landesamtes und des Statistischen Amtes der Stadt sind im Laufe der vergangenen zwanzig Jahre kontinuierlich angestiegen. Differenzen zeigen sich in allen Altersjahren, wobei die amtliche Fortschreibung stets höher liegt als die Daten aus dem Melderegister. Besonders deutlich fallen die Unterschiede in den Altersbereichen zwischen 30 und 70 Jahren sowie bei den 90-Jährigen und älteren aus. Bei den unter 20-Jährigen und den Älteren zwischen 75 und 90 Jahren sind dagegen nur geringe Abweichungen zu erkennen (vgl. Abbildung 3).

Abbildung 3: Altersaufbau der Stuttgarter Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung zum 31.12.2009 nach Datenquellen



Bei Männern erreicht die Differenz etwas höhere Werte als bei Frauen. Größere Unterschiede sind zudem bezüglich der ausländischen Einwohner zu beobachten: Am 31.12.2009 lebten nach Angaben des Statistischen Landesamts 136 638 Ausländer in Stuttgart, der kommunale Einwohnerbestand bezifferte die Zahl auf 122 872. Somit differierte die Quote der ausländischen Einwohner an allen Einwohner je nach Quelle zwischen 21,9 und 22,7 Prozent.

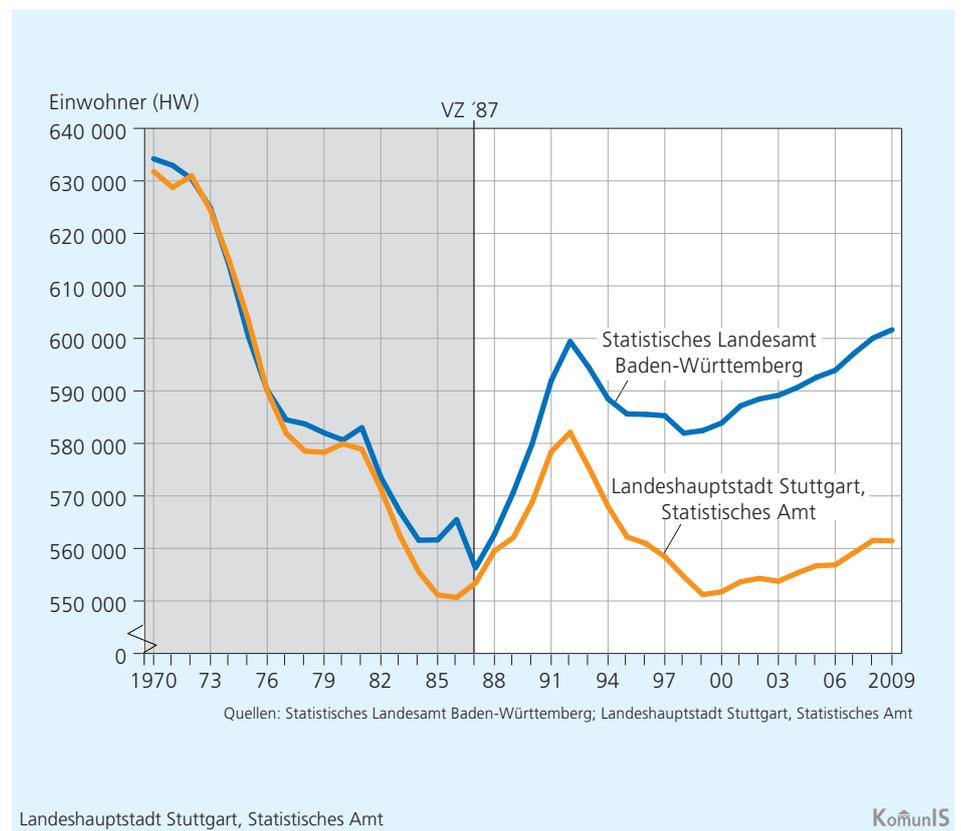
Abgleich zwischen amtlicher Fortschreibung und Melderegistern zuletzt Anfang der 1970er-Jahren

Die Abweichung zwischen der amtlichen und der kommunalen Einwohnerzahl lag Mitte 2010 in Stuttgart bei rund 40 000. Deckungsgleich waren die beiden Zahlen zuletzt in den 1970er-Jahren, nachdem im Zuge der Volkszählung 1970 ein Abgleich des Melderegisters mit der Fortschreibungsgrundlage des Statistischen Landesamtes stattgefunden hatte. Im Rahmen der folgenden Volkszählung 1987 wurde zwar die Grundlage der amtlichen Fortschreibung durch eine Totalerhebung neu ermittelt, die Melderegister wurden aus datenschutzrechtlichen Gründen jedoch nicht angepasst, so dass sich die beiden Zahlen bereits zum Zeitpunkt der letzten Volkszählung voneinander unterschieden. Zu der unterschiedlichen Ausgangsbasis der kommunalen Register und der amtlichen Fortschreibung trugen im geringen Umfang auch abweichende Definitionen des Begriffs „Hauptwohnung“ bei.

Vor allem in den 1990er-Jahren zunehmende Abweichungen

Mit zunehmendem zeitlichem Abstand zur Volkszählung 1987 haben sich die Abweichungen weiter erhöht (vgl. Abbildung 4), wobei diese Differenz vor allem in den 1990er-Jahren rasant um ca. 900 pro Jahr zugenommen hat. Diese Entwicklung ist auf unterschiedliche Methoden bei der Durchführung der Fortschreibung zurückzuführen. Die kommunale Registerzahl speist sich aus den An- und Abmeldungen der Einwohner, zu denen diese durch das Meldegesetz verpflichtet sind.⁷ Diese Zahl ist grundsätzlich sehr zuverlässig, da mit der Eintragung im Melderegister eine Kommunikation zwischen den zuständigen Behörden und den Bürgern in Gang gesetzt wird, beispielsweise durch den Versand von Wahlbenachrichtigungen oder Lohnsteuerkarten. Allerdings kommt es im Rahmen des An- und Abmeldevorgangs teilweise zu Falscherfassungen und damit zu Fehlern im Melderegister. Darüber hinaus führen unterlassene An- und Abmeldungen zu Fehlbeständen und Überhängen,

Abbildung 4: Entwicklung der amtlichen Einwohnerzahl und der Einwohnerzahl am Ort der Hauptwohnung gemäß Melderegister der Landeshauptstadt Stuttgart 1970 bis 2009



was vor allem bei Fortzügen in das Ausland eine Rolle spielt. Hier gibt es – anders als bei Wanderungen innerhalb Deutschlands – keine automatische Abmeldung, sobald eine neue Hauptwohnung begründet wird. In dem 2001 zur Vorbereitung des registergestützten Zensus 2011 durchgeführten Zensusstest wurde versucht, die Qualität der Melderegister abzuschätzen und eventuelle Unter- und Übererfassungen zu quantifizieren. Für Baden-Württemberg wurden hierbei ein Fehlbestand von rund einem Prozent und eine Übererfassung in Form von Karteileichen in den Melderegistern von drei Prozent ermittelt. Grundsätzlich weichen die Melderegister größerer Städte stärker vom tatsächlichen Einwohnerbestand ab als die kleineren Städte (Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2004).

Unterschiedliche Verarbeitungsregeln und Falscherfassungen erklären Unterschiede

Auch die Statistischen Landesämter bearbeiten im Rahmen ihrer Fortschreibung die An- und Abmeldungen der kommunalen Meldebehörden. Bis 1995 erfolgte die Datenübermittlung nicht automatisiert, was zum Teil zu Falscherfassungen und damit zu Abweichungen geführt hat. Dass sich die amtlichen und kommunalen Zahlen auch nach Einführung der automatisierten Datenübermittlung weiter auseinander entwickelt haben, liegt vor allem an unterschiedlichen Verarbeitungsregeln. So werden von den Landesämtern nur Änderungen verarbeitet, für die sowohl An- als auch Abmeldungen vorliegen („Doppik“ im Meldeverfahren). Änderungen von Amts wegen, die von Seiten der kommunalen Meldebehörden beispielsweise durchgeführt werden, wenn ein Einwohner nach mehrmaligen Versuchen nicht zu erreichen ist, werden bei den Landesämtern nicht nachvollzogen. Daher führen die in Städten durchgeführten Registerbereinigungen zwar zu Anpassungen der kommunalen Einwohnerzahl, die amtliche Fortschreibung wird hierbei jedoch nicht verändert. Dies hat zur Folge, dass die amtliche Einwohnerzahl in den baden-württembergischen Großstädten ausnahmslos höher ausfällt als die kommunalen Zahlen (vgl. Tabelle 3).

24

Tabelle 3: Einwohner im baden-württembergischen Großstädten am 31.12.2009 nach Datenquelle

Stadt	Datenquelle	
	Einwohner (Statistisches Landesamt)	Einwohner (kommunale Statistikstelle)
Freiburg	221 924	203 240
Karlsruhe	291 959	280 327
Mannheim	311 969	300 793
Stuttgart	601 646	562 966
Ulm	122 087	117 090

Quellen: Statistisches Landesamt, kommunale Statistikstellen der Städte

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt KommunIS

5. Ausblick

Unterschiedliche Methoden und Datenquellen führen zwangsläufig zu Abweichungen bei den Einwohnerzahlen. Durch die Anwendung verschiedener Bevölkerungsbegriffe wird die Aussage hinsichtlich der „wahren“ Einwohnerzahl weiter erschwert. Im Jahr 2011 wird durch die Durchführung des Zensus eine neue Basis für die amtliche Fortschreibung geschaffen. Sie fällt, soviel ist bereits im Vorfeld sicher, deutlich niedriger aus als die aktuelle amtliche Einwohnerzahl. Da aber auch beim Zensus 2011 datenschutzrechtliche Bedenken eine Anpassung des Melderegisters verhindern und darüber hinaus keine Vollerhebung wie 1987 durchgeführt wird, werden auch nach dieser Neujustierung kommunale Zahlen und amtliche Zahlen

voneinander abweichen – bei formal gleicher Definition. Der Unterschied wird jedoch geringer ausfallen als aktuell, da das Melderegister geringere Abweichungen zum (unbekannten) wahren Einwohnerbestand aufweist als die amtliche Fortschreibung. Voraussichtlich wird die amtliche Einwohnerzahl nach dem Zensus 2011 erstmals seit Mitte der 1970er-Jahre unter der kommunalen Einwohnerzahl liegen.

Autoren:

Michael Haußmann

Telefon: 0711 216-98541

E-Mail: michael.hausmann@stuttgart.de

Dr. Ansgar Schmitz-Veltin

Telefon: 0711 216-98579

E-Mail: ansgar.schmitz-veltin@stuttgart.de

- 1 Bevölkerungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. März 1980, zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 18. Juli 2008. Daneben werden bei der Fortschreibung durch das Statistische Landesamt Baden-Württemberg noch weitere gesetzliche Grundlagen herangezogen (vgl. Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2009).
- 2 § 17 des Baden-Württembergischen Meldegesetzes (MG) in der Fassung vom 23. Februar 1996 regelt die Unterscheidung in Haupt- und Nebenwohnungen: (1) Hat ein Einwohner mehrere Wohnungen im Inland, so ist eine dieser Wohnungen seine Hauptwohnung. (2) Hauptwohnung ist die vorwiegend benutzte Wohnung des Einwohners. Hauptwohnung eines verheirateten oder eine Lebenspartnerschaft führenden Einwohners, der nicht dauernd getrennt von seiner Familie oder seinem Lebenspartner lebt, ist die vorwiegend benutzte Wohnung der Familie oder der Lebenspartner. Hauptwohnung eines minderjährigen Einwohners ist die Wohnung der Personensorgeberechtigten; leben diese getrennt, ist Hauptwohnung die Wohnung des Personensorgeberechtigten, die von dem Minderjährigen vorwiegend benutzt wird. [...] (3) Nebenwohnung ist jede weitere Wohnung des Einwohners im Inland. (4) Der Meldepflichtige hat bei jeder An- oder Abmeldung zu erklären, welche weiteren Wohnungen nach Absatz 1 er hat und welche Wohnung seine Hauptwohnung ist. [...].
- 3 § 9 des Baden-Württembergischen Landesstatistikgesetz (LStatG) in der Fassung vom 24. April 1991.
- 4 § 15 des Baden-Württembergischen Meldegesetzes (MG) in der Fassung vom 23. Februar 1996.
- 5 Baden-Württembergisches Meldegesetz (MG) in der Fassung vom 23. Februar 1996, zuletzt geändert durch ÄndG vom 20. Juli 2010.
- 6 Neuere Zahlen zur amtlichen Einwohnerzahl lagen zu Redaktionsschluss noch nicht vor.
- 7 Die Abmeldung erfolgt automatisch, sobald in einer anderen Gemeinde eine Hauptwohnung begründet wird.

Literatur:

- Kohls, Martin (2008): Healthy-Migrant-Effect, Erfassungsfehler und andere Schwierigkeiten bei der Analyse der Mortalität von Migranten. Eine Bestandsaufnahme. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Working Paper 15. Nürnberg.
- Lindemann, Utz (2001): Einwohnerbegriffe und kommunale Einwohnerzahl. In: Statistik und Informationsmanagement, Monatsheft 3/2001, S. 79-85.
- Lindemann, Utz (2002): Wie erhält man aus dem Einwohnerregister Haushalte? Das Haushaltegenerierungsverfahren HHGen. In: Dorbritz, Jürgen; Otto, Johannes (Hrsg.): Familienpolitik und Familienstrukturen. Ergebnisse der gemeinsamen Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft und der Johann-Peter-Süßmilch-Gesellschaft für Demographie. Materialien zur Bevölkerungswissenschaft, Band 108, Wiesbaden, S. 239-243.
- Lindemann, Utz (2008): Ableitung des Migrationshintergrunds mit Hilfe des Geburtsortes. MigraPro: Ein großer Schritt. In: Stadtforschung und Statistik, Ausgabe 2/2008, S. 26-29.
- Schulmeyer, Rudolf (2006): Wie viele Einwohnerinnen und Einwohner hat Frankfurt wirklich? In: Frankfurter Statistische Berichte 1/2006, S. 15-28.
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2004): Ergebnisse des Zensus 2004. In: Wirtschaft und Statistik 8/2004, S. 813-833.
- Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Hrsg.) (2009): Merkblatt zur Bevölkerungsfortschreibung. Stand: September 2009. Stuttgart.

Werner Münzenmaier¹

Sektorale Komponenten des Wirtschaftswachstums in Stuttgart und in anderen größeren Städten 1996 bis 2008

Wachstum des Bruttoinlandsprodukts in den Städten 1996 bis 2008

BIP-Entwicklung größerer Städte 1996 bis 2008 wird untersucht

In Heft 12/2010 dieser Schriftenreihe wurden die zentralen sozio-ökonomischen Indikatoren Bevölkerung, Erwerbstätigkeit und Bruttoinlandsprodukt für Städte mit mehr als 200 000 Einwohnern analysiert². In diesem Zusammenhang wurde unter anderem auf die Entwicklung des nominalen Bruttoinlandsprodukts der insgesamt 38 Städte im Zeitraum 1996 bis 2008 eingegangen.

Dresden und Münster sind am stärksten gewachsen, sieben weitere Städte ebenfalls mehr als Deutschland insgesamt (+ 33 %)

Wie Tabelle 1 zeigt, hat sich dabei die sächsische Landeshauptstadt Dresden mit einer Zunahme des Bruttoinlandsprodukts um + 48,6 Prozent als besonders wachstumsstark erwiesen, und auch Münster in Westfalen konnte mit + 42,8 Prozent noch einen Zuwachs um mehr als zwei Fünftel verzeichnen. Über der Marke von einem Drittel blieben außerdem mit Düsseldorf (+ 39,5 %), Dortmund (+ 39,1 %), Duisburg (+ 38,8 %) und Aachen (+ 36,3 %) vier weitere nordrhein-westfälische Städte, ebenso die Stadt Bremen (+ 37,3 %), die hessische Landeshauptstadt Wiesbaden (+ 34,4 %) und die bayerische Metropole München (+ 33,5 %). Diese insgesamt neun Städte haben damit auch das gesamtwirtschaftliche Wachstum Deutschlands im betrachteten Zeitraum (+ 33,0 %) übertroffen.

26

Wachstum von über drei Zehntel in Freiburg, Mannheim und fünf weiteren Städten

Ein gesamtwirtschaftliches Wachstum von mehr als drei Zehntel hatten im genannten Zeitraum Nürnberg (+ 32,9 %), Hamburg (+ 32,1 %) und Frankfurt am Main (+ 30,0 %) – allesamt westdeutsche Großstädte mit mehr als 500 000 Einwohnern – sowie die ostdeutschen Städte Leipzig (+ 32,0 %) und Magdeburg (+ 30,4 %), ebenso die beiden baden-württembergischen Städte Freiburg (+ 32,0 %) und Mannheim (+ 31,2 %) erreicht.

Stuttgart mit + 28,2 % leicht über dem Durchschnitt der größeren Städte

Ungefähr im Mittel des gesamtwirtschaftlichen Wachstums größerer Städte, das zwischen 1996 und 2008 bei + 27,5 Prozent lag, bewegten sich die Wachstumsraten der Großstädte Hannover (+ 29,4 %), Stuttgart (+ 28,2 %) und Essen (+ 26,8 %), außerdem der nordrhein-westfälischen Städte Bielefeld (+ 28,1 %), Gelsenkirchen (+ 26,8 %), Krefeld (+ 26,1 %), Bonn (+ 24,5 %) und Oberhausen (+ 24,3 %) sowie der niedersächsischen Stadt Braunschweig (+ 27,5 %) und der thüringischen Landeshauptstadt Erfurt (+ 25,2 %).

Karlsruhe und sechs weitere Städte weisen eine unterdurchschnittliche Entwicklung auf

Bereits unter dem Durchschnitt der Städte, und zwar mit Zuwachsraten zwischen einem Sechstel und einem Viertel, blieb das Wachstum in den süddeutschen Städten Augsburg (+ 23,3 %) und Karlsruhe (+ 17,5 %), in den ostdeutschen Städten Rostock (+ 22,0 %) und Chemnitz (+ 18,0 %), in der Großstadt Köln (+ 20,7 %) sowie in Mönchengladbach (+ 19,1 %) und Wuppertal (+ 16,0 %) als zwei weiteren nordrhein-westfälischen Städten.

Wachstumsschwächste Städte sind Berlin und Halle

Deutlich hinter der Entwicklung größerer Städte blieb das Wachstum in den beiden schleswig-holsteinischen Städten Kiel (+ 15,3 %) und Lübeck (+ 13,2 %) zurück, ebenso in Bochum (+ 15,0 %), in der Bundeshauptstadt Berlin (+ 12,5 %) und vor allem in der ostdeutschen Stadt Halle an der Saale (+ 4,3 %).

Tabelle 1: Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und der sektoralen Bruttowertschöpfung in Städten mit mehr als 200 000 Einwohnern 1996 bis 2008

Stadt	Bruttoinlands- produkt	Bruttowertschöpfung						
		Produzierendes Gewerbe			Dienstleistungsbereiche			
		insgesamt	darunter		insgesamt	Handel, Gastgewerbe und Verkehr	Finanzierung, Vermietung und Unternehmens- dienstleister	Öffentliche und private Dienstleister
			Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe				
Veränderung in %								
Dresden	+ 48,6	+ 67,7	+ 268,5	- 49,1	+ 41,3	+ 9,5	+ 50,3	+ 52,9
Münster	+ 42,8	+ 67,2	+ 100,7	- 6,9	+ 36,3	+ 26,5	+ 44,8	+ 32,9
Düsseldorf	+ 39,5	+ 20,9	+ 29,9	- 12,7	+ 41,7	+ 37,0	+ 50,5	+ 27,4
Dortmund	+ 39,1	+ 34,6	+ 36,8	- 32,9	+ 38,7	+ 29,1	+ 44,3	+ 40,4
Duisburg	+ 38,8	+ 49,5	+ 70,3	- 12,1	+ 30,8	+ 31,3	+ 30,7	+ 30,5
Bremen	+ 37,3	+ 28,9	+ 44,8	+ 5,4	+ 39,1	+ 48,3	+ 51,1	+ 15,0
Aachen	+ 36,3	+ 28,0	+ 39,8	- 6,4	+ 37,3	+ 30,5	+ 43,9	+ 33,9
Wiesbaden	+ 34,4	+ 8,8	+ 10,7	+ 10,5	+ 38,5	+ 29,2	+ 46,7	+ 31,0
München	+ 33,5	+ 29,2	+ 43,2	- 17,3	+ 33,5	+ 18,5	+ 39,2	+ 34,5
Nürnberg	+ 32,9	+ 16,1	+ 21,6	- 9,7	+ 38,4	+ 5,6	+ 56,2	+ 48,5
Hamburg	+ 32,1	+ 21,6	+ 29,8	- 13,5	+ 33,3	+ 40,6	+ 37,4	+ 17,5
Leipzig	+ 32,0	+ 11,0	+ 127,6	- 52,1	+ 37,7	+ 36,4	+ 51,1	+ 25,3
Freiburg	+ 32,0	+ 38,2	+ 38,6	+ 0,3	+ 29,4	+ 29,1	+ 15,9	+ 41,5
Mannheim	+ 31,2	+ 28,2	+ 36,6	+ 15,4	+ 31,5	+ 29,7	+ 32,9	+ 31,2
Magdeburg	+ 30,4	- 0,4	+ 151,0	- 51,3	+ 38,3	+ 29,0	+ 75,2	+ 22,3
Frankfurt am Main	+ 30,0	+ 4,4	+ 0,8	- 6,4	+ 34,3	+ 38,3	+ 33,1	+ 31,6
Hannover	+ 29,4	+ 20,1	+ 4,2	+ 4,3	+ 31,2	+ 0,6	+ 53,8	+ 22,5
Stuttgart	+ 28,2	+ 30,6	+ 28,5	- 0,5	+ 25,6	+ 7,2	+ 31,7	+ 30,7
Bielefeld	+ 28,1	+ 5,4	+ 7,6	- 16,1	+ 35,7	+ 42,2	+ 30,1	+ 36,4
Braunschweig	+ 27,5	+ 33,0	+ 34,6	- 16,1	+ 24,2	+ 3,8	+ 35,3	+ 28,9
Essen	+ 26,8	+ 12,5	- 1,7	- 20,0	+ 31,2	+ 24,7	+ 35,7	+ 31,5
Gelsenkirchen	+ 26,8	+ 17,3	+ 11,3	+ 12,4	+ 31,5	+ 43,3	+ 29,4	+ 27,1
Krefeld	+ 26,1	+ 27,2	+ 27,1	+ 4,6	+ 23,2	+ 15,7	+ 24,7	+ 28,5
Erfurt	+ 25,2	- 2,3	+ 93,7	- 58,1	+ 32,8	+ 2,0	+ 65,6	+ 30,0
Bonn	+ 24,5	+ 10,4	+ 22,2	- 10,2	+ 24,8	+ 28,4	+ 53,3	+ 5,8
Oberhausen	+ 24,3	+ 7,8	+ 15,2	- 4,7	+ 29,7	+ 21,9	+ 38,3	+ 25,2
Augsburg	+ 23,3	+ 9,4	+ 17,3	- 4,5	+ 29,0	+ 33,6	+ 55,9	+ 6,1
Rostock	+ 22,0	- 20,3	+ 50,3	- 68,9	+ 33,0	+ 28,2	+ 55,3	+ 23,1
Köln	+ 20,7	+ 9,9	+ 3,0	- 7,3	+ 22,0	+ 27,9	+ 14,6	+ 29,5
Mönchengladbach	+ 19,1	- 5,6	- 5,4	- 1,6	+ 29,3	+ 22,5	+ 34,3	+ 29,9
Chemnitz	+ 18,0	+ 3,9	+ 83,0	- 32,0	+ 22,7	- 7,3	+ 44,7	+ 18,3
Karlsruhe	+ 17,5	- 9,2	+ 13,6	- 12,6	+ 27,7	+ 23,9	+ 28,9	+ 29,4
Wuppertal	+ 16,0	+ 6,5	+ 5,9	+ 0,1	+ 19,3	+ 23,2	+ 17,1	+ 19,5
Kiel	+ 15,3	- 1,4	+ 13,5	- 34,0	+ 17,5	+ 24,2	+ 9,7	+ 20,8
Bochum	+ 15,0	- 25,0	- 31,0	+ 13,3	+ 30,4	+ 25,8	+ 32,5	+ 33,8
Lübeck	+ 13,2	+ 3,8	+ 22,7	- 19,3	+ 15,0	+ 23,9	+ 6,3	+ 18,2
Berlin	+ 12,5	- 8,2	+ 7,8	- 47,5	+ 17,5	+ 8,1	+ 17,9	+ 22,2
Halle an der Saale	+ 4,3	- 41,8	- 30,4	- 61,9	+ 20,7	- 6,9	+ 57,8	+ 13,9
Alle Städte	+ 27,5	+ 15,2	+ 25,5	- 24,9	+ 30,1	+ 25,5	+ 35,3	+ 26,5
Deutschland	+ 33,0	+ 25,9	+ 37,4	- 11,2	+ 35,5	+ 32,6	+ 42,9	+ 28,7

Quelle: Arbeitskreis "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder"; eigene Berechnungen

Sektorale Analyse der BWS für das Produzierende Gewerbe und die Dienstleistungsbereiche ...

... sowie deren Teilbereiche

Untersuchte Wirtschaftsbereiche

Tabelle 1 zeigt außerdem die Veränderung der Bruttowertschöpfung dieser Städte in den einzelnen Wirtschaftsbereichen. Hierzu werden auf einer ersten Stufe die zwei großen Produktionsbereiche Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungsbereiche betrachtet; auf eine Berücksichtigung des Bereichs Land- und Forstwirtschaft, Fischerei wird hier verzichtet, weil dieser Wirtschaftszweig für Städte nur von untergeordneter Bedeutung ist.

Innerhalb des Produzierenden Gewerbes werden im Rahmen der Kreisberechnung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ die Bereiche Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe getrennt nachgewiesen, nicht jedoch die Bereiche Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden beziehungsweise Energie- und Wasserversorgung. Bei den Dienstleistungsbereichen können dagegen alle drei Teilbereiche untersucht werden, nämlich erstens Handel, Gastgewerbe und Verkehr, zweitens Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister sowie drittens Öffentliche und private Dienstleister.

Im Folgenden soll der Frage nachgegangen werden, wie das gesamtwirtschaftliche Wachstum der Städte durch die Entwicklung in den einzelnen Produktbereichen zu erklären ist.

Regionale Abstände im gesamtwirtschaftlichen Wachstum

Abbildung 1: Je eine ostdeutsche Stadt klar an der Spitze und am Ende der Wachstumsskala

Die regionalen Unterschiede im Wachstum des Bruttoinlandsprodukts der 38 Städte lassen sich besonders anschaulich aus Abbildung 1 erkennen. Auffallenderweise stehen mit Dresden (+ 48,6 %) und Halle an der Saale (+ 4,3 %) je eine ostdeutsche Stadt souverän an der Spitze oder ganz am Ende der Wachstumsskala. Die Abstände zu den jeweils nächst platzierten Städten, nämlich Dresden zu Münster (5,8 Prozentpunkte) beziehungsweise Halle zu Berlin (8,2 Prozentpunkte), sind recht deutlich, ansonsten erstaunlich gering und betragen nur im Falle von Münster zu Düsseldorf (3,3 Prozentpunkte), Aachen zu Wiesbaden (1,9 Prozentpunkte), Bochum zu Lübeck (1,8 Prozentpunkte) und Köln zu Mönchengladbach (1,6 Prozentpunkte) mehr als 1 ½ Prozentpunkte.

Gegenüberstellung zur Entwicklung der Wirtschaftsbereiche

Abbildungen 2 und 3 zeigen sektorale Entwicklungen der nach dem Gesamtwachstum angeordneten Städte

Für eine nähere Analyse der Unterschiede im gesamtwirtschaftlichen Wachstum ist eine Gegenüberstellung mit der Entwicklung der Bruttowertschöpfung des Produzierenden Gewerbes (vgl. Abbildung 2) beziehungsweise der Dienstleistungsbereiche (vgl. Abbildung 3) sehr aufschlussreich. Zur besseren Interpretation wurde dazu in den Abbildungen 2 und 3 für die Bereichsentwicklung die Reihenfolge der Städte entsprechend ihrem gesamtwirtschaftlichem Wachstum (vgl. Abbildung 1) beibehalten.

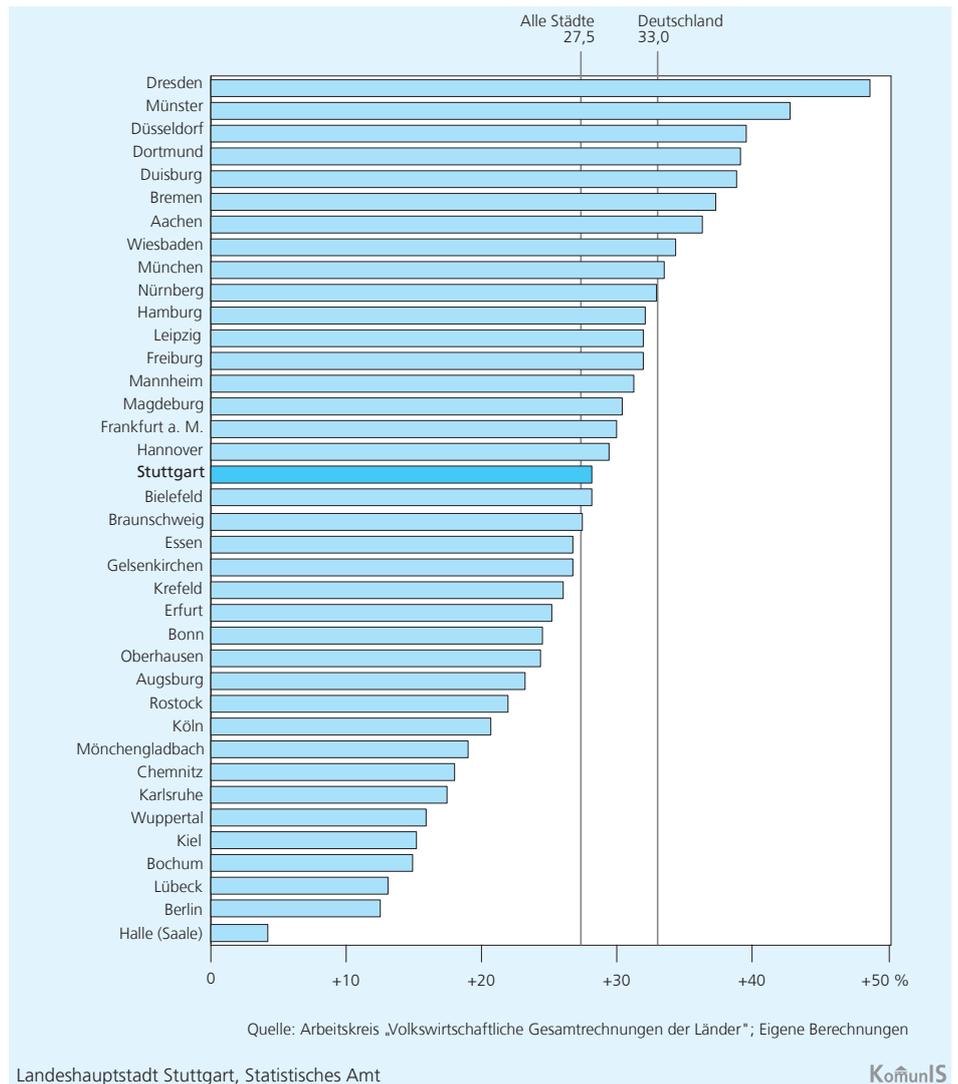
Dresden bei Produzierendem Gewerbe und bei Dienstleistungen ganz vorne

Daraus geht zunächst hervor, dass das besonders ausgeprägte Wachstum in **Dresden** (+ 48,6 %) sowohl auf das unter den Städten stärkste Wachstum im Produzierenden Gewerbe (+ 67,7 %) – und dabei des Verarbeitenden Gewerbes mit überragenden + 268,5 Prozent – zurückzuführen ist, ebenso aber auch auf die mit + 41,3 % knapp hinter Düsseldorf (+ 41,7 %) zweitstärkste Zunahme bei den Dienstleistungen.

Spitzenwachstum in Münster vor allem wegen Produzierendem Gewerbe

Gleichermaßen fällt das kräftige gesamtwirtschaftliche Wachstum in **Münster** (+ 42,8 %) mit dem zweitstärksten Anstieg beim Produzierenden Gewerbe (+ 67,2 %) zusammen, wogegen die Zunahme bei den Dienstleistungsbereichen dieser traditionell eher dienstleistungsorientierten Stadt mit + 36,3 Prozent nur knapp über dem Zuwachs in Deutschland insgesamt (+ 35,5 %) verbleibt.

Abbildung 1: Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts in Städten mit mehr als 200 000 Einwohnern 1996 bis 2008



Rangfolge beim Gesamtwachstum entspricht in der Tendenz Rangfolge bei den großen Bereichen

Ansonsten ist es in der Tendenz durchaus so, dass sich die Höhe des gesamtwirtschaftlichen Wachstums der einzelnen Städte oft auch in der Höhe der Entwicklung des Produzierenden Gewerbes wie der Dienstleistungen widerspiegelt. Vor allem bei den Dienstleistungen entspricht die Reihenfolge des – im Übrigen stets positiven – Wachstums der einzelnen Städte eigentlich recht gut derjenigen beim Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts insgesamt. Bei der Entwicklung der Bruttowertschöpfung des Produzierenden Gewerbes, die teilweise auch negativ sein kann, ist dies zwar auch noch der Fall, allerdings sind die „Ausreißer“ nach oben und nach unten stärker ausgeprägt als bei den Dienstleistungen.

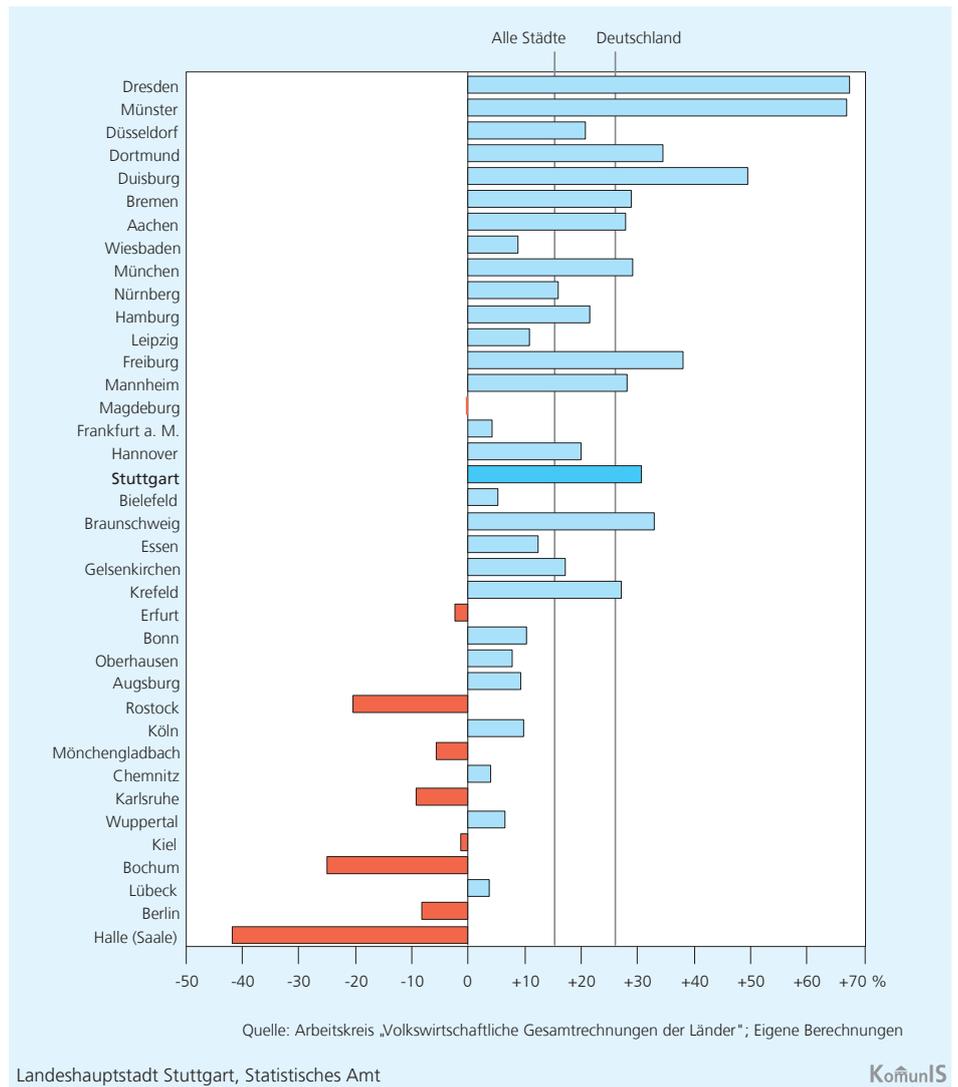
Regionale Wachstumsunterschiede bei den Dienstleistungen weniger stark als beim BIP, ...

Generell liegen die Wachstumsraten der Städte bei der Bruttowertschöpfung der Dienstleistungsbereiche näher beieinander als beim Bruttoinlandsprodukt: Die Spannweite bei den Dienstleistungen beträgt 26,7 Prozentpunkte zwischen der wachstumsstärksten Stadt Düsseldorf (+ 41,7 %) und der wachstumsschwächsten Stadt Lübeck (+ 15,0 %); beim Bruttoinlandsprodukt liegen dagegen zwischen dem Spitzenreiter Dresden (+ 48,6 %) und dem Schlusslicht Halle an der Saale (+ 4,3 %) immerhin 44,3 Prozentpunkte. Insoweit üben die Dienstleistungsbereiche einen ausgleichenden Effekt auf die gesamtwirtschaftlichen Wachstumsraten aus.

... aber um so mehr beim Produzierenden Gewerbe ...

Dies wird verdeutlicht, wenn man sich die Entwicklungsraten beim Produzierenden Gewerbe betrachtet, die erheblich stärker auseinander liegen: Der Abstand der Veränderungsraten zwischen Dresden (+ 67,7 %) und Halle an der Saale (- 41,8 %) beträgt nicht weniger als 109,5 Prozentpunkte.

Abbildung 2: Entwicklung der Bruttowertschöpfung des Produzierenden Gewerbes in Städten mit mehr als 200 000 Einwohnern 1996 bis 2008



30

... und hier vor allem beim Verarbeitenden Gewerbe

Noch viel ausgeprägter sind diese Divergenzen beim Verarbeitenden Gewerbe, für das sich zwischen der Stadt mit dem höchsten Wachstum, nämlich erneut Dresden (+ 268,5 %), und der Stadt mit dem stärksten Rückgang, nämlich Bochum mit - 31,0 Prozent, eine Spannweite von 299,5 Prozentpunkte auftut. Nahezu bescheiden ist demgegenüber die Spannweite beim Baugewerbe in Höhe von 84,3 Prozentpunkten, errechnet aus den höchsten Steigerungsraten in Mannheim (+ 15,4 %) und den deutlichsten Rückgängen in Rostock (- 68,9 %).

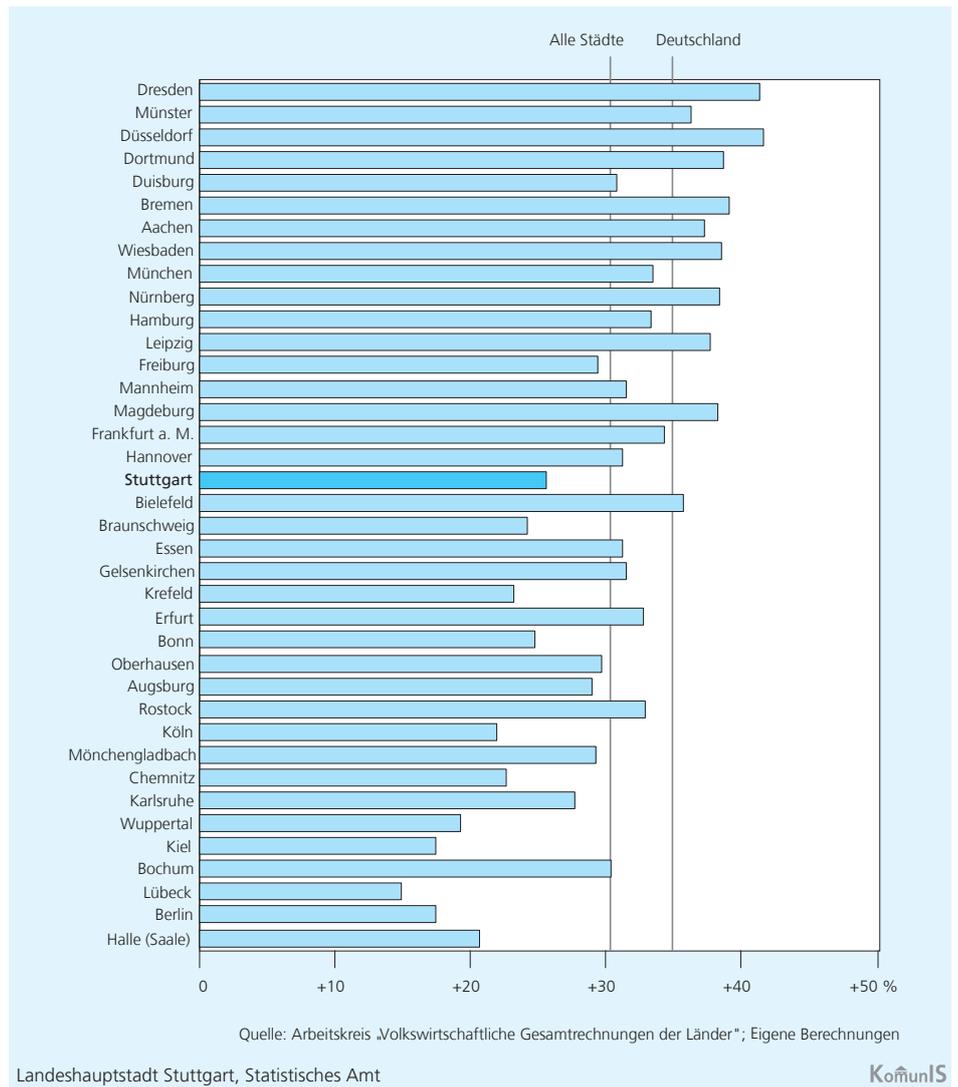
Besonderheiten im Vergleich von gesamter und sektoraler Entwicklung

Nachfolgend sollen diejenigen Städte näher beleuchtet werden, bei denen die Entwicklung des Produzierenden Gewerbes oder der Dienstleistungsbereiche in Relation zum Wachstum der Gesamtwirtschaft besonders stark von der genannten allgemeinen Tendenz abweicht:

Düsseldorf weist stärkstes Wachstum aller Städte bei den Dienstleistungen auf, wächst beim Produzierenden Gewerbe aber nur unterdurchschnittlich

In **Düsseldorf** wird das mit + 39,5 Prozent markante gesamtwirtschaftliche Wachstum vor allem durch die unter den Städten stärkste Zunahme bei den Dienstleistungen (+ 41,7 %) geprägt, wobei insbesondere das Wachstum des Teilbereichs Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister (+ 50,5 %) herausragt. Demgegenüber blieb das Produzierende Gewerbe mit + 20,9 Prozent hinter dem Bundesdurchschnitt (+ 25,9 %) zurück, und auch die Entwicklung in den Teilbereichen Verarbeitendes Gewerbe (+ 29,9 %) und Baugewerbe (- 12,7 %) war schwächer als die entsprechende Bundesentwicklung.

Abbildung 3: Entwicklung der Bruttowertschöpfung der Dienstleistungsbereiche in Städten mit mehr als 200 000 Einwohnern 1996 bis 2008



Umgekehrt Duisburg: Beachtliches Gesamtwachstum durch stärksten Anstieg des Verarbeitenden Gewerbes

Umgekehrt ist die Situation in **Duisburg**, wo ein ebenso beachtliches Wachstum des Bruttoinlandsprodukts um + 38,8 Prozent vor allem durch die Zunahme des Produzierenden Gewerbe bestimmt wird, das mit + 49,5 Prozent die drittstärkste Entwicklung unter den Städten genommen hat; ursächlich hierfür war vor allem der unter den Städten des früheren Bundesgebiets kräftigste Anstieg beim Verarbeitenden Gewerbe (+ 70,3 %). Demgegenüber lag der Zuwachs bei den Dienstleistungen (+ 30,8 %) unter dem gesamtdeutschen Anstieg.

Starkes Wachstum der Dienstleistungen in Wiesbaden, ...

Wiesbaden verdankt sein mit + 34,4 Prozent noch überdurchschnittliches Wachstum des Bruttoinlandsprodukts vor allem den dort ohnehin schon starken Dienstleistungen (Zunahme der Bruttowertschöpfung: + 38,5 %), die schwache Entwicklung im Produzierenden Gewerbe (+ 8,8 %) wirkte sich insoweit nur leicht dämpfend aus.

... in Nürnberg ...

Vergleichbar ist die Situation in **Nürnberg**, wo eine praktisch genauso hohe Ausweitung der Bruttowertschöpfung bei den Dienstleistungsbereichen (+ 38,4 %) zusammen mit einer unterdurchschnittlichen Entwicklung des Produzierenden Gewerbes (+ 16,1 %) zu einem Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts im gesamtdeutschen Durchschnitt (+ 32,9 %) geführt hat.

... sowie in Leipzig und Magdeburg gleichen dort schwache Entwicklung des Produzierenden Gewerbes aus

In einer ähnlichen Größenordnung bewegte sich der Anstieg der Dienstleistungsbereiche auch in **Leipzig** (+ 37,7 %) und in **Magdeburg** (+ 38,3 %). Durch eine nur schwache Entwicklung beim Produzierenden Gewerbe (Leipzig: + 11,0 %; Magdeburg: - 0,4 %) blieben die Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts

*Typisch für ostdeutsche Städte:
Verluste im Baugewerbe werden durch
Verarbeitendes Gewerbe kompensiert*

beider Städte mit + 32,0 Prozent beziehungsweise + 30,4 Prozent hinter dem gesamtdeutschen Anstieg zurück. Bemerkenswert ist dabei, dass die beiden ostdeutschen Städte beim Verarbeitenden Gewerbe mit + 127,6 Prozent beziehungsweise + 151,0 Prozent die zweithöchsten Zuwachsraten hinter Dresden verzeichnen konnten, wohingegen sich die Bruttowertschöpfung im Baugewerbe – wiederum wie in Dresden – praktisch halbiert hat (- 52,1 % bzw. - 51,3 %).

*Ähnliche Tendenzen in anderen
ostdeutschen Städten wie ...*

Auch in den vier weiteren ostdeutschen Städten war eine, verglichen mit dem gesamtwirtschaftlichen Wachstum, starke Zunahme der Bruttowertschöpfung der Dienstleistungsbereiche zu beobachten, der ein allenfalls schwacher Anstieg beziehungsweise ein deutlicher Rückgang beim Produzierenden Gewerbe gegenüber stand:

... Erfurt ...

In **Erfurt** wurde das gesamtwirtschaftliche Wachstum in Höhe von + 25,2 Prozent durch einen Anstieg der Dienstleistungsbereiche um + 32,8 Prozent und einen Rückgang des Produzierenden Gewerbes um - 2,3 Prozent bewirkt.

... und Rostock

Ähnlich war die Situation in **Rostock** mit einer Steigerung des Bruttoinlandsprodukts um + 22,0 Prozent, verbunden mit einer Zunahme der Dienstleistungen um + 33,0 Prozent und einem Rückgang des Produzierenden Gewerbes um - 20,3 Prozent.

Chemnitz hat dagegen bei den Dienstleistungen eine unterdurchschnittliche Entwicklung genommen

Abweichend von dieser Tendenz hat sich für **Chemnitz** eine nur relativ geringe Ausweitung der Bruttowertschöpfung der Dienstleistungsbereiche (+ 22,7 %) ergeben, allerdings auch ein leichter Anstieg beim Produzierenden Gewerbe (+ 3,9 %) aufgrund eines für ostdeutsche Städte nur schwachen Rückgangs beim Baugewerbe (- 32,0 %). Insgesamt hatte die drittgrößte Stadt Sachsens das zweitschlechteste Wachstum des Bruttoinlandsprodukts ostdeutscher Städte zu verbuchen.

32

*Geringstes Wachstum in Halle wegen
kräftigem Abbau der Wertschöpfung
in der Industrie*

Das unter allen genannten Städten schwächste Wachstum in **Halle an der Saale** (+ 4,3 %) ergibt sich aus einem Anstieg der Dienstleistungen um + 20,7 Prozent und einem erheblichen, unter den Städten höchsten Rückgang beim Produzierenden Gewerbe um - 41,8 Prozent. Anders als alle anderen ostdeutschen Städte musste hierbei auch das Verarbeitende Gewerbe eine Verringerung seiner Bruttowertschöpfung hinnehmen, und zwar mit - 30,4 Prozent sogar recht kräftig. Erfurt (+ 93,7 %), Rostock (+ 50,3 %) und Chemnitz (+ 83,0 %) folgten dagegen dem allgemeinen Trend einer Stärkung des industriellen Sektors in den neuen Ländern ebenso wie einem teilweise deutlichen Abbau beim Baugewerbe.

*Höchste Zunahme unternehmens-
bezogener Dienstleistungen aller
Städte in Magdeburg, Erfurt und Halle*

Bemerkenswerterweise ist die Zunahme bei den unternehmensbezogenen Dienstleistungen in den Städten Magdeburg (+ 75,2 %), Erfurt (+ 65,6 %) und Halle an der Saale (+ 57,8 %) unter allen hier untersuchten Städten am ausgeprägtesten gewesen, und auch die anderen ostdeutschen Städte außer Chemnitz konnten die Bruttowertschöpfung im Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister um mehr als die Hälfte ausweiten.

*Schwaches Gesamtwachstum
in Bochum bedingt durch
stärksten Wertschöpfungsabbau
im Verarbeitenden Gewerbe*

Ähnlich wie in vielen ostdeutschen Städten, namentlich in Halle an der Saale, verlief die Entwicklung in der früher stark industriell geprägten Stadt **Bochum**. Hier stand einer Zunahme bei den Dienstleistungsbereichen um + 30,4 Prozent ein Rückgang beim Produzierenden Gewerbe um - 25,0 Prozent gegenüber, überwiegend verursacht durch den unter allen Städten kräftigsten Wertschöpfungsabbau im Verarbeitenden Gewerbe (- 31,0 %). Beim gesamtwirtschaftlichen Wachstum blieb somit Bochum mit + 15,0 Prozent an viertletzter Stelle.

*Rückgang des Produzierenden
Gewerbes Ursache für Wachstums-
schwäche in Karlsruhe und
Mönchengladbach*

Nicht so markant, aber in der Tendenz vergleichbar, war die Entwicklung in **Mönchengladbach** und in **Karlsruhe**, wo eine Zunahme des Bruttoinlandsprodukts um + 19,1 Prozent beziehungsweise + 17,5 Prozent einherging mit einem Rückgang der Bruttowertschöpfung im Produzierenden Gewerbe (- 5,6 % bzw. - 9,2 %), der durch recht ordentliche, wenngleich unterdurchschnittliche Zunahmen bei den Dienstleistungen (+ 29,3 % bzw. + 27,7 %) etwas gemildert werden konnte.

Wachstumsschwäche des Produzierenden Gewerbes auch in Frankfurt und Bielefeld

Relativ schwache Zunahmen beim Produzierenden Gewerbe waren außerdem in **Frankfurt am Main** (+ 4,4 %) und in **Bielefeld** (+ 5,4 %) zu beobachten, denen ungefähr durchschnittliche Ausweitungen bei den Dienstleistungen (+ 34,3 % beziehungsweise + 35,7 %) gegenüberstanden und zu einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts geführt haben, der mit + 30,0 Prozent beziehungsweise + 28,1 Prozent noch über dem Durchschnitt der hier untersuchten 38 Städte (+ 27,5 %) gelegen hat.

Überdurchschnittliches Wachstum in Freiburg, Mannheim und Stuttgart dank guter Entwicklung des Produzierenden Gewerbes

In den drei baden-württembergischen Städten **Freiburg** (+ 32,0 %), **Mannheim** (+ 31,2 %) und **Stuttgart** (+ 28,2 %) war die im Reigen der 38 Städte überdurchschnittliche Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts durch recht ordentliche Zunahmen der Bruttowertschöpfung im Produzierenden Gewerbe mit + 38,2 Prozent, + 28,2 Prozent beziehungsweise + 30,6 Prozent zu erklären; in Freiburg und in Stuttgart waren die Zunahmen beim Produzierenden Gewerbe sogar merklich höher als bei den Dienstleistungen mit + 29,4 Prozent beziehungsweise + 25,6 Prozent. Ähnliche Tendenzen können auch für Braunschweig und für Krefeld festgestellt werden.

Zusammenfassung aus der Sicht von Stuttgart

In Stuttgart lag im Zeitraum 1996 bis 2008 das gesamtwirtschaftliche Wachstum mit + 28,2 Prozent zwar leicht über dem Durchschnitt der hier betrachteten 38 Städte (+ 27,5 %), blieb aber unter dem Durchschnitt von Deutschland (+ 33,0 %).

Kennzeichnend für Stuttgart sind überdurchschnittlich gute Entwicklungen beim Produzierenden, Verarbeitenden und Baugewerbe, ...

Wie ausgeführt stand dieser Entwicklung eine überproportionale Zunahme der Bruttowertschöpfung im Produzierenden Gewerbe (+ 30,6 %) gegenüber, gespeist durch eine Zunahme beim Verarbeitenden Gewerbe um + 28,5 Prozent und eine nur schwache Abnahme beim Baugewerbe um - 0,5 Prozent; dies sind sektorale Entwicklungen, die jeweils günstiger waren als im Durchschnitt der hier untersuchten Städte.

... aber auch wachstumsschwache Dienstleistungen

Bei den Dienstleistungen insgesamt blieb der Anstieg der Bruttowertschöpfung mit + 25,6 Prozent dagegen hinter dem Wachstum der betrachteten Städte (+ 30,1 %) zurück, ebenso beim Teilbereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr, wo der Anstieg um + 7,2 Prozent nicht nur den Durchschnitt der Städte (+ 25,5 %) deutlich unterschritten, sondern auch insgesamt lediglich die siebtschwächste Entwicklung genommen hat. Im Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister war der Zuwachs mit + 31,7 Prozent ebenfalls geringer als im Durchschnitt der Städte (+ 35,3 %) beziehungsweise Deutschlands (+ 42,9 %). Dagegen konnten die öffentlichen und privaten Dienstleister ihre Bruttowertschöpfung in Stuttgart mit + 30,7 Prozent kräftiger ausweiten als im Durchschnitt der Städte (+ 26,5 %) und sogar in Deutschland insgesamt (+ 28,7 %).

Autor:
Dr. Werner Münzenmaier
Telefon: (0711) 279-3517
E-Mail: werner.muenzenmaier@fm.bwl.de

- 1 Dr. Werner Münzenmaier war Referent im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg und dort unter anderem für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zuständig.
- 2 Vgl. Münzenmaier, Werner: Bevölkerung, Erwerbstätigkeit und Wirtschaftskraft in Stuttgart und anderen größeren Städten 1996 und 2008, in: Statistik und Informationsmanagement, 69. Jahrgang (2010), Monatsheft 12, S. 301 - 309.

Mietspiegel 2011/2012

NEU!

Jetzt bestellen!



STUTTGART

Mietspiegel 2011/2012

Herausgeberin:
Landeshauptstadt Stuttgart

**Qualifizierter
Mietspiegel
2011/2012
für Stuttgart**

Neu aufgestellt auf der
Grundlage einer repräsen-
tativen Stichprobenerhebung
vom April 2010

2010, 14 Seiten
6,50 € (zuzüglich Versandkosten)

Landeshauptstadt Stuttgart
Statistisches Amt

Eberhardstraße 39
70173 Stuttgart

Telefon 0711 216-98587
Telefax 0711 216-98570

E-Mail: poststelle.12@stuttgart.de

Internet: www.stuttgart.de/statistik

Die Landtagswahl am 26. März 2006 in Stuttgart



Landtagswahl am 26. März 2006

Eine Analyse des Wahlverhaltens
in räumlicher und sozialstruktureller
Differenzierung

2006, 82 Seiten, zahlreiche Tabellen,
Grafiken und Farbkarten
11 € (zuzüglich Versandkosten)

ISSN 1431-0996

**Landeshauptstadt Stuttgart
Statistisches Amt**

Eberhardstraße 39
70173 Stuttgart

Telefon 0711 216-98587
Telefax 0711 216-98570

E-Mail: poststelle.12@stuttgart.de

Internet: www.stuttgart.de/statistik

Veröffentlichungen zu den Themen:

Thomas Schwarz:

Die Stuttgarter Landtagswahlkreise nach der Wahlkreisreform,
Landeshauptstadt Stuttgart, Statistik und Informationsmanagement,
Monatsheft 10/2009, S. 298-302

**Das neue Sitzverteilungsverfahren bei Landtagswahlen in Baden-Württemberg
und seine möglichen Auswirkungen auf Stuttgart,**
Landeshauptstadt Stuttgart, Statistik und Informationsmanagement,
Monatsheft 10/2009, S. 303-304

Die Landtagswahl am 26. März 2006 in Stuttgart,
Landeshauptstadt Stuttgart, Statistik und Informationsmanagement,
Themenheft 2/2006

Werner Münzenmaier:

**Bevölkerung, Erwerbstätigkeit und Wirtschaftskraft in Stuttgart und anderen
größeren Städten 1996 und 2008,**
Landeshauptstadt Stuttgart, Statistik und Informationsmanagement,
Monatsheft 12/2010, S. 301-309

**Wirtschaftskraft und Einkommenssituation in fünf deutschen Großstädten
und ihren Regionen,**
Landeshauptstadt Stuttgart, Statistik und Informationsmanagement,
Monatsheft 2/2009, S. 41-62